

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10.— M., im voraus zahlbar. Für Postbestellungen werden sämtliche Postgebühren entgegen. Unter Berücksichtigung der Postgebühren für Deutschland und Österreich 18.— M., für das übrige Ausland 24,50 M. zusätzlich. Bestellungen außerhalb Deutschlands und Österreichs 26.— M. Mark. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8/9.

Der achtspaltige Anzeigenzettel oder deren Raum kostet 5.— M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,20 M. netto pro Zeile. Einzelne Besuche in Wort-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vor der Antwort Amerikas

Erklärung Simons' im Reichstag — Vertagung der Debatte — Eine Rede Briands

Die Haltung Amerikas

Washington, 26. April. (Un. Tel.)

Ämtliche Kreise enthalten sich bisher jeden Kommentars zu der deutschen Wiedergutmachungsnote. Jedoch geben eingeweihte Persönlichkeiten zu erkennen, daß die deutschen Vorschläge als Basis für weitere Verhandlungen dienen können und daß man zu einer Regelung der Streitfrage gelangen könne. Deutschland dürfe aller Voraussicht nach eine günstige Antwort aus Washington erwarten.

London, 26. April.

Das Reutersche Bureau meldet aus Washington: Deutschlands Gegenentwürfe in der Reparationsfrage sind beim Staatsdepartement eingegangen und, wie verlautet, dem Kabinett bei seiner regelmäßigen Sitzung vorgelegt worden. Obwohl noch kein offizieller Kommentar bekanntgegeben worden ist, glaubt man doch, daß die Vorschläge einen günstigen Eindruck gemacht haben.

Die Politik Frankreichs

Erklärung Briands

Paris, 26. April.

In der heutigen Sitzung der Kammer gab Ministerpräsident Briand eine Erklärung ab. Er sagte: „Bon Hythe zurückkommend, lege ich Wert darauf, Ihnen über das Ergebnis meiner Unterredung mit dem englischen Premierminister Aufklärung zu geben. Ich bin nach Hythe gegangen, um mit Lord George die Bedingungen einer demnächstigen interalliierten Konferenz, die unter den augenblicklichen Umständen unvermeidlich war, festzulegen. Ich habe dem ersten englischen Minister zur Kenntnis gebracht, welches die Absichten der französischen Regierung angesichts der Haltung Deutschlands sind. Ich habe ihm Aufklärungen über die Vorbereitungen, die getroffen wurden, gegeben, und ich habe ihm die Maßnahmen zur Kenntnis gebracht, die in militärischer, wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht von uns festgelegt wurden, und zwar nach Anhörung sachverständiger Leute. Ich muß erklären, daß die Unterhaltungen in Hythe, die nicht offiziell waren, weil unsere Alliierten nicht daran teilgenommen haben, die befriedigendsten Ergebnisse zeitigt haben.“

Zu Grundsatz waren wir einig.

Wir sind übereingekommen, vor dem 1. Mai eine Konferenz einzuberufen. Diese Konferenz sollte in Paris stattfinden. Aber angesichts der Schwierigkeiten in der innerpolitischen Lage Englands werde ich nach London gehen. Das ist im Augenblick unsere Lage Deutschland gegenüber; sie ist klar. Deutschland ist hinsichtlich der Verpflichtungen, die ihm aus dem Vertrag von Versailles obliegen, im Verzuge, was die Sicherheitsfrage, die vitalen Fragen und was die Frage der Bestrafung der Kriegsschuldigen anbelangt und schließlich was die Reparation, d. h. die Zahlungen, anbelangt, zu denen sich Deutschland durch Unterzeichnung verpflichtet hat. Nach dieser Richtung hin ist Deutschland im Verzug (en faillite). Die Reparationskommission hat ihre Richterrolle gespielt und sie hat die Beziehungen Deutschlands zu den Alliierten geprüft und ist zu dem Entschluß gekommen, daß Deutschland nicht 20 Milliarden, sondern nur 8 Milliarden gezahlt hat.

Deutschland hat die Ueberführung des Goldes der Reichsbank verweigert. Deutschland hat sich an die Tschekoslowakei, an die Schweiz und nach Rom gewandt. Es wurde zurückgewiesen. Schließlich hat es die Vereinigten Staaten von Amerika in der bekannten Weise angerufen. Es verlangte Vermittlung und Schiedsgericht.

Deutschland verlangte Vermittlung und Schiedsgericht, gab banale Versprechungen und sprach von übertriebenen Forderungen angesichts seiner Armut. Unsere Verbündeten haben das Eruchen mit der Loyalität und den Gefühlen, die sie den Alliierten schuldig sind, zurückgewiesen. Inzwischen haben sie erfahren, daß Deutschland an die Vereinigten Staaten Vorschläge finanzieller Art gerichtet hat. Man sagt uns, sie gingen über die Vorschläge von London hinaus. Wir kennen die Vorschläge nicht. Wir stellen nur fest, daß Deutschland sich nicht mehr an die Alliierten wendet. Deutschland weiß in der Tat, daß wir vielen Grund haben, an seinem guten Willen zu zweifeln. Es weiß auch, daß alle bisherigen Verhandlungen zu nichts geführt haben und daß es dadurch nur Zeit gewonnen hat, und wenn es sich an uns direkt mit dem Verlangen nach neuen Verhandlungen gewandt hätte, es allen Grund hätte, anzunehmen, daß wir ihnen geantwortet hätten: keine Worte mehr, keine Versprechungen, keine Verhandlungen! Um aber Verhandlungen, die Deutschland wünscht, anzuknüpfen, wendete sich Deutschland an das Land, das unser ganzes Vertrauen, unsere ganze Freundschaft hat, auf dessen Loyalität wir bauen und für das wir tiefe Dankbarkeit empfinden. Ich habe volles Vertrauen in die Loyalität und den Scharfsinn der Vereinigten Staaten. Sie haben nur zu viel Grund gegeben, nicht an ihnen zu zweifeln und sicher zu sein.

daß auch angesichts dieses Schrittes die Regierung der Vereinigten Staaten nur eine Initiative ergreifen wird, die konform mit unseren Interessen geht.

Ich bin sicher, daß kein Schritt außer dem, was ich Ihnen gesagt habe, unversucht bleiben wird. Ich bin ganz sicher, daß die Ereignisse mich nicht Lügen strafen werden. (Lebhafte Beifall.) Wir haben für den Verfalltag alle Dispositionen ergriffen. (Lebhafte Beifall im ganzen Hause.) Wir sind bereit zu einer raschen und wirksamen Handlung entsprechend den Gefühlen, denen ich hier Ausdruck gegeben habe. Wir haben als treuer Allierter gehandelt, der nichts unternehmen will, ehe er seine Verbündeten gefragt hat.

In demselben Augenblick, in dem unsere technischen Kommissionen ihre Arbeiten vollendet hatten, haben wir unseren Verbündeten mitgeteilt, welche Maßnahmen wir ins Auge fassen, welches Ziel wir verfolgen und unter welchen Bedingungen diese Maßnahmen angewendet werden sollen. Am 30. April werden die Verbündeten zusammentreten. Dann werden sie die Arbeiten unserer Sachverständigen zu prüfen haben und die Maßnahmen, die wir für unerlässlich gehalten haben. Frankreich nimmt nicht systematisch zu derartigen Mitteln seine Zuflucht in dem Gedanken sofort Repressalien zu ergreifen. Es tut dies nur gezwungen durch den schlechten Willen seines Schuldners (!), um ihn zu zwingen, seiner Unterschrift Ehre zu erweisen. Es will auch nicht dem Lande schwere Lasten auferlegen. Es greift zu diesem Mittel, nachdem alle anderen erschöpft waren. Diese Zwangsmittel werden ein moralisches und ein materielles Ergebnis haben. Das moralische begreift man, wenn man die deutsche Presse liest und wenn man weiß, daß man es mit einer schwachen Regierung zu tun hat, die nicht über alle Verhandlungsmöglichkeiten verfügt.

Die Großindustrielle, die Hochfinanz, die die Zeitungen besitz, leidet nach Briands Ansicht die deutsche Politik. Briand ist der Ansicht, daß, wenn diese Kreise über die wirkliche Lage unterrichtet sein würden, man einen Schritt zur Ausführung des Vertrages weiter gekommen sei. Briand begrüßt es, daß Lord George gestern im Unterhause erklärt habe, der französische Standpunkt werde

von der englischen Regierung verteidigt werden.

die sich auch an den Operationen beteiligen werde. Er habe mit Vergnügen gelesen, daß diese klaren Worte von der ungeheuren Mehrheit mit Beifall angenommen worden seien.

Es handelte sich nun darum, daß am 30. April genügende Vorschläge vorhanden seien (Andre Lefevre ruft dazwischen: Und wir Garantien erhalten!). Ministerpräsident Briand ersucht den Abgeordneten, nicht zu unterbrechen, da er seine Worte wägen müsse. Er fährt dann fort: Ich habe im Senat und hier in klarer Weise ausgesprochen, wie wir die deutschen Vorschläge interpretieren müssen, damit jedermann weiß, wenn Deutschland Vorschläge vorlegt mit der Absicht, eine Auseinandersetzung mit den Sachverständigen anzuknüpfen.

wir antworten werden: Nein!

Zuerst wird es heißen: Sicherheit! Darauf haben wir mehr als jeder andere Anrecht. Wir befinden uns in der Notwendigkeit, für unsere eigene Sicherheit selbst sorgen zu müssen, denn wir haben mit Deutschland eine gemeinsame Grenze.

Bei Redaktionschluss liegt die Rede Briands noch nicht vollständig vor. Sie wurde mit lebhaftem Beifall von der Kammer aufgenommen. Der Abg. Tardieu erklärte, daß er die Regierung zu interpellieren wünsche. Briand verlangte Ablehnung der Interpellation. Er erklärte, daß er seiner Mitteilung nichts hinzufügen könne und stellte die Vertrauensfrage. Die Interpellation wird mit 424 gegen 29 Stimmen abgelehnt, womit die Kammer mit großer Mehrheit der Regierung ihr Vertrauen ausgedrückt hat.

Die Sitzung des Obersten Rates

London, 26. April.

Nach einer Mitteilung des Reuterschen Bureaus wird allgemein angenommen, daß die Zusammenkunft des Obersten Rates am Sonnabend nur von kurzer Dauer sein werde. Man werde sich ausschließlich mit einer weiteren Erörterung der deutschen Reparationsfrage befassen.

Graf Sforza wird Italien auf der interalliierten Konferenz in London vertreten.

Die Rede Simons'

Minister Simons hat gestern im Reichstag seine so oft hinausgeschobene Rede gehalten. Er hat in seiner etwas trodenen, sachlichen und menschlich-anständigen Art gesprochen. Aber seine Rede war wieder mit dem Fehler behaftet, mehr der Innenpolitik als der Außenpolitik zu dienen. Die Befürchtung, daß das deutsche Angebot die Gefühle und die unverständliche Borniertheit der sogenannten nationalen Parteien verletzen könne, ließ Dr. Simons vergessen, daß es jetzt nicht auf die Wertung dieser Kreise, sondern vor allem auf die Meinung des Auslandes ankommt. Und wir haben den Eindruck, daß die Note an sich besser ist als der Kommentar und daß sie ohne diese Rede wirklicher gewesen wäre.

Aber auch vom Standpunkt der inneren Politik war diese Rede matt. Wir hätten gewünscht, daß Dr. Simons den weiten Schichten des deutschen Volkes, die noch immer nicht begriffen haben, wohnin der Krieg des deutschen Imperialismus Deutschland gebracht und was die Niederlage bedeutet, endlich den furchtbaren Ernst der Situation klargemacht hätte. Deutschland ist heute völlig isoliert und machtlos dank der wilhelminischen Politik, dank der politischen und militärischen Führung des Krieges durch Wilhelms Minister und durch Ludendorff. Eine überwältigende Uebermacht steht auf Seiten der Entente. Und da verlangen die nationalen Parteien in völliger Verblandung und vollendeter Gewissenlosigkeit, daß eine auswärtige Politik gemacht werde, als würden wir eine große Armee und eine schlagfertige Flotte den Nachmitteln der Entente gegenüberstellen können. Warum spricht Dr. Simons nicht endlich aus, daß wir mit einer Politik, wie sie die Deutschnationalen verlangen, kopfüber in den Abgrund stürzen würden? Warum sagt er nicht endlich dem deutschen Volke, das systematisch durch die nationalistische Agitation, der die Regierung bisher nie energisch entgegengetreten ist, irreführt und benebelt ist, was die Katastrophe bedeuten würde, wenn es nicht doch schließlich gelänge, sie durch Vereinbarungen zu verhindern.

Schon jetzt macht sich der Druck der wirtschaftlichen Sanktionen in der immer mehr zunehmenden Stokung des Außenhandels bemerkbar. Wenn aber erst das Ruhrgebiet befehzt, das wichtigste Industriegebiet von Deutschland abgetrennt, die Ruhrkohle für unsere Industrie nur zu Weltmarktpreisen zur Verfügung steht, dann bedeutet dies die völlige Zerrüttung unseres Wirtschaftslebens. Und wenn die Zwangs- und Gewaltpolitik einmal eingesetzt hat, dann muß das Böse Böses stets gebären, dann steigert sich automatisch der Zwang, die Besetzungen gehen weiter und niemand weiß, wann einmal die fremden Militaristen im Lande stehen, wie sie wieder herauszubringen sind. Es ist sehr leicht, von nationaler Würde zu schwärmen, aber all diese mit Mund und Feder so Starren und Tapferen, vertrauen sich nicht von den Konsequenzen zu sprechen, die ihre Tapferkeit das deutsche Volk und in erster Linie die deutsche Arbeiterschaft kosten müßte.

Herr Dr. Simons hat an einer Stelle seiner Rede gesagt, er werde alles daran setzen, um ein neues Hineingleiten und neues Hineinstolpern in eine kriegerische Entwicklung zu verhindern. Simons besitzt also die Erkenntnis der Gefahr und beteuert die Absicht, sie zu bannen. Nur leider hat seine bisherige Politik durch Veräumnisse und Verzögerungen die Mitschuld daran, daß wir in dieses Gleiten gekommen sind. Auch die heutige Rede enthält durchaus nicht eine überzeugende Erklärung für die Richtigkeit einer Politik, die die kostbarste Zeit ungenutzt verstreichen ließ, bevor sie sich dazu entschloß, die Resignation und Passivität endlich aufzugeben und wieder aktiv zu sein. Es hat nicht viel Zweck, mit Dr. Simons jetzt darüber zu rechten, ob die Methoden, die er eingeschlagen hat, um den in London gerissenen Faden wieder anzuknüpfen, die besten und erfolgversprechendsten gewesen sind. Wir sind der Meinung, daß es Fehler seiner Politik gewesen sind, die mit dazu beigetragen haben, daß der Faden überhaupt erst zerrissen wurde, und daß es vorteilhafter wäre in einem früheren Stadium auch leichter gewesen wäre, direkte Beziehungen zu Frankreich und England aufzunehmen. Jetzt ist das Entscheidende nur, darauf zu achten, daß der Faden nicht wieder abreißt. Denn es ist, wie Simons sagte, „wirklich die letzte Hoffnung, wenn Europa und damit die Welt nicht unausdenkbarem Elend entgegengeben soll“.

Diese letzte Hoffnung ruht noch nicht auf festem Grunde. Immerhin gibt die deutsche Note die Möglichkeit, zu neuen Verhandlungen zu gelangen. Gewiß werden jene Kreise, besonders in Frankreich, die eine Gewaltpolitik wünschen oder sie wenigstens als allein wirksames Druckmittel befürworten, an einzelnen Wendungen der Note heftige Kritik üben und die Bereitwilligkeit Deutschlands zur Zahlung und Leistung der Wiedergutmachung wiederum verneinen. Aber diese Kritik ist diesmal weniger als sonst begründet, denn nicht nur ist das Zahlungsangebot und die Bereitstellung von Garantien für die Zahlungen weitgehend, sondern vor allem zeigt die Note auch die Bereitschaft der deutschen Regierung, Vorschläge des Präsidenten Harding entgegenzunehmen und zu befolgen, um so eine noch bessere Verhandlungsgrundlage zu schaffen.

Es wird also fast alles auf die Haltung der Vereinigten Staaten ankommen, und diese wieder natürlich vor allem beeinflusst durch die Aufnahme, die England und Frankreich einem etwaigen Vermittlungsangebot Amerikas bereiten wird. Eine Aeußerung der amerikanischen Regierung ist bis zur Stunde nicht bekannt geworden, und Dr. Simons selbst konnte nur erklären, daß er sich keiner übertriebenen Hoffnung hingebte.

Kann es aber einen stärkeren Beweis für den Wahnsinn des kapitalistischen Systems und der Ueberspannung des Wirtschaftens der kapitalistischen Staaten geben, als daß nach sieben Jahren der Zerstörung und Verwüstung die Antwort auf die Frage, ob endlich der Friede wiederhergestellt oder der Krieg wieder aufgenommen werden soll, überhaupt zweifelhaft ist?

Herr Dr. Simons hat in seiner Rede die Pflicht erfüllt, der internationalen Gewerkschaftsbewegung (und er hätte hinzufügen können, der internationalen sozialistischen Arbeitsgemeinschaft) für ihre Beschlüsse in Amsterdam den Dank auszusprechen. Und in der Tat ist es so, daß heute Deutschland, von allen verlassen, einzig und allein nur Unterstützung findet bei den gewerkschaftlich und sozialistisch organisierten Arbeitern. Das hindert die deutsche Bourgeoisie nicht, im bornierten Klassendünkel auf die Arbeiterpolitik herabzuschauen, das hindert vor allem die sogenannten nationalen Parteien nicht, in ihrem Arbeiterhaß, in ihrer nationalistischen Hege den ausländischen Arbeiterorganisationen ihr Werk aufs äußerste zu erschweren. Aber die Arbeiterklasse führt ihre Politik auch wirklich nicht der deutschen Bourgeoisie zuliebe. Sie kämpft für den Frieden in der Ueberzeugung, daß die Erneuerung der Gewaltpolitik immer mehr die Wirtschaft zerrütet, die Arbeitslosigkeit in allen Ländern vermehrt, das Proletariat verelendet und schwächt, den nationalistischen Wahnsinn steigert. Sie weiß, daß die Opfer und Lasten der Gewaltpolitik vor allem mit äußerster Schärfe die Arbeiterschaft treffen, das deutsche Proletariat vorerst, die Arbeiterklassen der anderen Länder darauf. So führt sie im proletarischen Klasseninteresse aus internationaler Solidarität diesen Kampf für den Frieden in dem Bewußtsein, daß nach Wiederherstellung des Friedens dann mit erneuter Kraft und verstärkter Energie der Klassenkampf gegen den Imperialismus wieder aufgenommen werden kann, um die Menschheit endgültig von dem Elend und der Erniedrigung zu befreien, in die der Kapitalismus seine Welt gestürzt hat.

Der Sitzungsbericht

Auf der Tagesordnung stehen eine Reihe Anfragen.

Abg. Bressan (U.S.P.D.) fordert von der Regierung Aufklärung, wo die seinerzeit für den Reichsverband für See- und Küstenschiffahrt zur Beschaffung von Schiffen, Motoren, Rufen und anderem Material aufgebracht 4 1/2 Millionen Mark geblieben sind.

Regierungsrat Heintze erklärt, daß keine Summe zur Verfügung gestellt worden, aber alles gesehen sei, um den aus dem Kriege heimgekehrten Fischern die Wiederaufnahme des Handwerks zu erleichtern.

Abg. Kunert (U.S.P.D.): Der Zeiger „Volksholz“ hat im Juli 1920 die Verurteilung von 40 Arbeitern, die aus Anlaß der Abwehr des Rapp-Bußches wegen Hochverrats zu insgesamt 130 Jahren Zuchthaus und Gefängnis verurteilt worden waren, scharf kritisiert, und die Redakteure Lenzner und Burgholz wurden dieserhalb zu Gefängnis verurteilt. Die Regierung solle erklären, ob sie das Recht der scharfen berechtigten Kritik der Presse anerkennt.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß die Presse zwar das Recht habe, Kritik zu üben, aber auch die Pflicht, die Gesetze zu achten. Die Entscheidung aber über die Frage, ob gegen ein Gesetz verstoßen ist, steht den Gerichten zu.

Abg. Semmler (D.P.) fragt an, was die Regierung zu tun gedenkt, um den Betrieb auf dem Leunawerke ein für allemal sicherzustellen.

Von einem Regierungsvertreter wird geantwortet, daß alles getan werde, den Betrieb wieder vollends aufzurichten. — Semmler fragt erneut, ob der Regierung bekannt sei, daß erneute Störungen versucht werden sollten, worauf der Regierungsvertreter antwortet, daß die Regierung gegen alles gewappnet sei.

Eine Anfrage des Deutschvolksparteilers Dr. Mittelmann, in der von Vergewaltigung von Frauen durch kriegsgefangene Russen im Hohenfurter Wald und anderen Gewalttätigkeiten die Rede ist, wird von einem Generalmajor a. D. dahin beantwortet, daß die Mitteilungen übertrieben, zum Teil es überhaupt nicht kriegsgefangene Russen seien, die festgenommen wurden, und auch Frauen nicht vergewaltigt wurden.

Abg. Kunert (U.S.P.) erinnert in einer weiteren Anfrage daran, daß bei dem Kessel-Warlock-Prozess zutage getreten ist, daß Kossel der Hauptschuldige an der Ermordung der 29 Matrosen, der Verursacher der Projektverschleppung und der Rechtsbeugung war, die beide mit dem Falle Warlock zusammenfallen, und fragt, was die Regierung in dieser das öffentliche Rechtsbewußtsein völlig untergrabenden Angelegenheit zu tun gedenkt. Darauf wird von einem Regierungsvertreter geantwortet, daß Strafverfahren gegen Personen, die Warlock zur Flucht verholfen haben, eingeleitet seien. Weiteres habe sich nicht ergeben. Eine weitere Ergänzungsfrage des Genossen Kunert bleibt unbeantwortet.

Abg. Rosenfeld (U.S.P.) fordert die Vorlage der Noten zwischen der bayerischen und der deutschen Regierung über die Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren und die schleunige Durchführung der Entwaffnung und Auflösung dieser Wehren. Er legt der Regierung in dieser Sache im weiteren 14 Fragen vor.

Ministerialdirektor Brecht entgegnet, die bayerische Regierung stimme der Entwaffnung zu, aber über den Zeitpunkt bestehen Meinungsverschiedenheiten.

Auf eine ergänzende Anfrage erfolgt keine Antwort.

Eine Reihe weiterer Anfragen verschiedener Parteien werden ebenso im „Vorübergehen“ erledigt.

Es wird dann fortgesetzt in der Beratung der Interpellationen Werhold (U.S.P.D.) und Dr. Warmuth (Dn.) über die auswärtige Politik.

Als erster Redner ergreift

Reichsminister Dr. Simons

das Wort. Er beginnt seine Ausführungen mit der Besetzung der an die amerikanische Regierung übergebenen Note. Er fährt dann fort: Auf der Londoner Konferenz trat die Unvereinbarkeit der Standpunkte hervor. Die Luft war zu groß, um in der kurzen Zeit seit der Londoner Konferenz überbrückt zu werden. Ein weiterer Mißerfolg war die Anfechtung der Zwangsmaßnahmen, die durch ihre Schroffheit jede weitere vertrauliche Behandlung der Angelegenheit auf das Äußerste erschwerte. Dennoch mußte ein solcher Versuch gemacht werden. Der Reichstag hatte in seiner großen Mehrheit unser Londoner Angebot für zu hoch gehalten. Daraus ergab sich, daß der Versuch neuer Verhandlungen nicht beruhen konnte auf einer Erhöhung unseres Angebots, sondern nur treffen konnte Veränderungen seiner Grundlage. Weiter habe ich schon früher hingewiesen auf die doppelten Versuche, die hier gemacht worden sind, einerseits durch das Wiederaufbauproblem, andererseits durch den Ausbau eines Anleiheprojektes. Die Frage des Wiederaufbauplanes war sehr erschwert dadurch, daß sich bei den früheren Verhandlungen mit Frankreich ergeben hatte, wie stark die Befürchtungen Frankreichs über die Beteiligung durch Verwendung deutscher Arbeitskräfte in den zerstörten Gebieten war. Deshalb haben wir ein Projekt verfolgt, das uns ermöglicht hätte, ohne viel Verpflichtung von Arbeitskräften doch die Wiederaufbauarbeit so zu fördern, daß die Arbeit an Ort und Stelle vergeben werden könnte. Wir dürfen jedoch nicht zulassen, daß die von deutscher Seite aufgebracht Reparationskosten dazu verwandt werden, um gewissermaßen neue Kriegsgewinne zu schaffen.

In den letzten Monaten hat in Frankreich immerhin ein Umschwung der öffentlichen Meinung Platz gegriffen. Die Beschädigten selber haben ihren Vertretern gesagt, daß es besser wäre, mit deutscher Arbeit und deutschem Material etwas zu schaffen, als wenn man die zerstörten Gebiete ohne deutsche Arbeit und deutsches Material überhaupt zerstört liegen läßt. Infolgedessen hat die deutsche Regierung auch das alte, in Spaa schon vorgeschlagene Programm der Uebernahme von Wiederaufbauarbeiten wieder aufgenommen. Sie hat dabei den Regierungen der Gegner die Erfahrungen zur Kenntnis gebracht, die die preussische Regierung beim Wiederaufbau Ostpreußens machte. Es ist natürlich sehr schwer, technische Vor schläge zu machen, wenn weder Situationsoptimale von französischer Seite geliefert werden, noch unseren Ingenieuren und Architekten erlaubt wird, an Ort und Stelle diese Pläne herzustellen. Es ist daher nicht unsere Schuld, wenn die Vorarbeiten noch nicht weiter gediehen sind. Es haben sich in höchst dankenswerter Weise die freien Gewerkschaften der Angelegenheit angenommen.

Sowohl die internationalen Gewerkschaftsverbände als auch die deutschen freien Gewerkschaften sind nach der Richtung hin sehr tätig gewesen. Den Dank, den sie sich dadurch meiner Ansicht nach vor der ganzen Welt verdient haben, gestalte ich mir, auch hier von diesem Platz aus, auszusprechen. (Beifall.)

Die deutsche Regierung hat nicht geädert, diejenigen Pläne, die neuerdings von den freien Gewerkschaften im. ausgearbeitet worden sind, hineinzunehmen in die Reparationsnote, die der amerikanischen Regierung zugegangen ist. Diese Pläne können natürlich bis zu einem gewissen Grade erst nach einer Verständigung mit der Regierung der zerstörten Gebiete verwirklicht und in die Tat umgesetzt werden. Als provisorische Maßnahme haben wir angeboten, daß jeder Beschädigte oder jede Verbindung oder Vereinigung Geschädigter das Recht haben soll, unmittelbar von der deutschen Regierung den Wiederaufbau ihrer Wohnungen und Gebäude zu verlangen.

Die Strüßeler Finanzkonferenz hat sich mit dem Gedanken einer internationalen Anleihe eingehend beschäftigt. Die Pläne für die von Deutschland aus zu finanzierende internationale Anleihe sind naturgemäß im Reichsfinanzministerium ausgearbeitet worden. Diese Vorschläge verbanden

eine internationale und eine nationale Anleihe.

Sie sind natürlich nur dann durchführbar, wenn man sie als einen Teil der ganzen Reparationsfrage ansieht. Wir werden unter allen Umständen in großem Umfang Geldmittel zur Verfügung haben müssen, wenn wir zum praktischen Wiederaufbau kommen wollen. Man hat mir vorgeworfen, mein Versuch, wieder an die Alliierten heranzukommen, liege im Widerspruch mit meiner Reichstagsrede nach meiner Rückkehr von London. Ich bestreite das. Ich habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich immer bereit sei, nach der überläufigen Androhung der Zwangsmahnahmen die Hand hinstrecken und das vom Reichstag als zu hoch vermerkte Angebot neuerdings einzulegen. Aber wenn sich die Möglichkeit bieten sollte, durch eine Vermittlung von dritter Stelle wieder zur Verhandlung zu kommen, so wäre es meines Erachtens ungeheuer unverantwortlich und geradezu pflichtwidrig gewesen, wenn wir eine solche Möglichkeit nicht mit Nachdruck verfolgt hätten. (Sehr richtig!) Aber die Aufgabe war ungeheuer kompliziert. Wir konnten natürlich keiner Macht zumuten, zu unseren Gunsten eine Intervention bei den Alliierten in die Wege zu leiten. Ich bin nach wie vor der Ueberzeugung, daß die Pariser Beschlüsse in der Form, wie sie uns unterbreitet worden sind, nicht nur un durchführbar sind, sondern auch weder im Interesse der Alliierten liegen, noch auch mit dem Bestehen und mit der Wohlfahrt der deutschen Wirtschaft irgendwie vereinbar sind.

Nur eine Macht blieb übrig, auf die sich der Blick lenken konnte, eine Macht, die weder neutral noch alliiert ist, eine Macht, stark genug, um auch den nächstinteressierten Staaten eine Vermittlung anzubieten, ohne sich dadurch allzu schweren Gefahren auszusetzen, eine Macht, die auch genügend an der Gelandung der europäischen Wirtschaft interessiert war, um das Reparationsproblem nicht durch Gewalt, sondern durch Verständigung zu lösen.

Diese Macht war Amerika.

Aber wir befinden uns noch mit Amerika im Kriegszustand. Da hat sich uns eine andere Macht an, die den Umweg über Washington nehmen konnte. Auf diesem Wege war es möglich, Vorführungen zu nehmen, ob und in welchem Umfang eine Vermittlung geschehen konnte. Wie Sie wissen, ist diese außerordentlich dankenswerte, gar nicht genug anzuerkennende vermittelnde Tätigkeit dieser Macht schließlich dadurch gestört und unfruchtbar gemacht worden, daß hier in Deutschland Indispositionen begangen wurden. Es waren zwei Artikel der „Germania“. Artikel anderer Organe sind nachgefolgt. Ich weiß aus authentischem Munde, daß diese Artikel es gewesen sind, die an dieser Stelle Vermittlung erzeugten. (Hört! hört!) Nachdem mir dieser Vertrauensbruch bekannt geworden war, ist erwidert worden, ob nicht eine Strafaktion wegen Vandalismus angebracht wäre. (Hört! hört!) Ich habe bis dahin Abstand davon genommen, eine Verfolgung einzuleiten, weil dadurch auch die Stelle kompromittiert worden wäre, deren Vermittlung durch diese Indispositionen gestört und unwirksam gemacht worden ist. Ich werde nunmehr diese Frage weiter verfolgen lassen, um festzustellen, wie es kommt, daß wir in Deutschland keine Politik mehr treiben können, ohne daß jemand da ist, der uns Knüttel zwischen die Nader wirft.

Während meines Aufenthalts im neutralen Ausland ist mir bewußt geworden, wie vollkommen irreführend, wie vollkommen falsch eingestellt die öffentliche Meinung dem Ausland gegenüber allen Reparationen ist. Es war unsere Pflicht, der Welt klar zu legen, daß wir

in vollem Umfang und ohne jeden Vorbehalt

bereit waren, in der Reparationsfrage zu tun, was möglich war. (Sehr richtig!) Gewiß war mein Schritt ein Schritt, der über das Leben Deutschlands und seine Wirtschaft entscheiden soll, vielleicht entschieden hat, und die Verantwortung, diesen Schritt zu tun, war groß. Ich als Außenminister trage sie in erster Linie, aber da gestatten Sie mir eine kleine Abschweifung zu dem Kapitel der demokratischen Regierung. Das demokratische Prinzip verlangt nicht, daß vor jedem wichtigen Schritt die Zustimmung der verantwortungsbewußten Körperschaften eingeholt wird. (Sehr wahr! bei den Dem.) Es ist doppelt nötig, daß die Männer, die mit dem Vertrauen der Vertreter des Volkes die Geschäfte führen, auch den Mut zur Verantwortung haben. (Sehr richtig!) Die Parteiführer haben ganz mit Recht abgelehnt, ihrerseits eine Verantwortung zu übernehmen, aber das Kabinett hat mit Recht Wert darauf gelegt, die Ansichten der Parteiführer zur Kenntnis zu nehmen. Der weitere Verlauf der Dinge hat gezeigt, daß dieser Weg der richtige war. Ich kann nicht bestätigen, daß bereits Rückfragen der amerikanischen Regierung eingelaufen sind und daß sie Änderungen unserer Vorschläge angeregt hat, wie dies ein Radiotelegramm gemeldet hat. Mir ist davon nichts bekannt. Ich erwarte allerdings im Laufe ganz kurzer Zeit die amerikanische Antwort auf unsere Note.

Der erste Punkt der Note enthält die größte Neuerung der Vorschläge: Die Alternative zwischen einer festen Summe und den Annuitäten. Wir haben jetzt die Annuitäten so ausgestaltet, daß sie nicht nur im Anleihebewege ablosbar sind, sondern daß sie auch in ihrer Auseinanderfolge und in ihrer einzelnen Höhe abhängig gemacht sind von der deutschen Leistungsfähigkeit, so daß wir nicht einer starren Summe gegenüberstehen, wie sie in Paris aufgestellt ist. Es ist die berühmte Bleiharmonika, die je nach Verbesserung oder Verschlechterung der deutschen Wirtschaft sich auseinanderzieht oder ineinanderzieht. Im allgemeinen aber haben wir festgehalten an der Alternative einer Gesamtsumme,

schon deswegen, weil dadurch allein die Möglichkeit einer Uebernahme möglich war. Der Gedanke der Uebernahme einer Schuld durch Amerika ist dort nicht beliebt. Aber wir werden keine Gelegenheit veräumen, um mit den Vereinigten Staaten eine Verständigung zu erzielen. Das läßt sich natürlich nur machen, wenn man diese Anleihe zusammenrechnen kann auf den Gesamtwert der Höhe der gesamten Annuitäten. Diese sind natürlich eine verhältnismäßig veränderliche Größe, je nachdem man zahlen kann, kann man die Gesamtsumme steigern. Voraussetzung, das dringende finanzielle Bedürfnis unserer Gegner zu erfüllen, ist neben anderen Umständen

eine internationale Anleihe.

Der Abg. Dilmann hat gestern ausgeführt, daß es tatsächlich im Interesse aller Nationen liegt, wenn einer solchen Anleihe für und vor so weit als möglich geöffnet werden, daß alle Länder sich daran beteiligen, damit die wirtschaftliche Stagnation aufhört. Nur mit der Hilfe aller Länder werden wir herauskommen aus der schleichenden, aber mehr und mehr akut werdenden Wirtschaftskrise, die uns vor ungeahnte und furchterliche Folgen stellt. (Sehr richtig! recht.) Selbstverständlich wird Deutschland diese Anleihe zu amortisieren und zu verzinsen haben. Ob wir in der Lage sind, die Anleihe aufzunehmen, hängt naturgemäß von der Lage des Weltmarktes ab, und in der Beurteilung der Lage des Weltmarktes sind die Gelehrten sich immer noch uneinig. Bei uns in Deutschland herrscht eine pessimistische Auffassung, in der Schweiz ein überraschender Optimismus, und auch in Holland ist die Auffassung eine bessere als bei uns. Ich muß gestehen, nach den ausführlichen Tabellen, die ich von unseren finanzpolitischen Behörden bekommen habe, sehe ich nicht ein, wie die deutsche Wirtschaft leistungsfähig gemacht werden soll.

Es ist eine vielmehr politische als technische Frage.

Es ist nur ein Rest des alten deutschen Vermögens, der noch zur Verfügung steht; aber um uns von dem Verfallenen Frieden loszukaufen, werde ich auch von diesem selbst etwas brauchen. Wenn die Gegner glauben, wir hätten uns unterworfen, und wenn sie teilhaben wollen an einer Besserung der Wirtschaft, dann müssen wir auch die Möglichkeit haben, wenn wir uns überschätzt haben, eine Revision der Verpflichtung à la baisse, nach dem Maße der Verschlechterung unserer Lage, durchzuführen.

Auf Grund von früheren Beratungen von Sachverständigen ist von uns der Gedanke aufgenommen worden, in Verbindung mit dem Gegner zu treten, damit die Wiedergutmachung nicht nach dem bürokratischen System der Pariser Friedensbedingungen, das sich mehr und mehr als ungangbar bewies und die Karte im Spiele stehen lassen würde, vorzunehmen, sondern auf dem Wege rein kaufmännischer Vertriebsart. Wir haben bisher den Standpunkt vertreten, daß Deutschland alle die Werte, die es bis zum 1. Mai 1921 abzuliefern hatte, nämlich im Gesamtwert von 20 Milliarden Goldmark, bereits geliefert habe. Ausführliche Listen darüber sind dem Gegner zur Verfügung gestellt worden, und seit langer Zeit hat sich die Reparationskommission mit der Reparationskommission darüber verständigt, wieweit die Berechnung zutrifft. Wir wissen, daß die Reparationskommission ganz andere Aufstellungen macht. Sie hat ganz Kapitel von unserem Material getrieben, darunter den Wert der Saarkohlen, der unseres Erachtens unbedingt zu den Berechnungen gehört. Ganz besonders lebhaft war der Streit über die Bewertung der Schiffe, und da hat sich herausgestellt, daß die Schiffe vielleicht nicht in der Höhe bemeriet werden können, wie wir es ursprünglich angegeben hatten. Wir bieten nun, trotzdem es uns bitter schwer fällt,

nochmals eine Milliarde Goldmark an

und zwar in einem kleineren Teil sofort und in einem größeren Teil in Schachschienen, die innerhalb drei Monaten eingelöst werden sollen. Aber die Reparationskommission hat unsere Gegenrechnung nicht angenommen, hat unsere sogenannte Goldnote verworfen und von uns gefordert, ohne Rücksicht auf die bestehenden rechtlichen Zustände, die unmittelbarbare Auslösung des Goldbestandes unserer Reichsbank an die Bank von Frankreich. Das Kabinett hat diese Note noch nicht schlüssig gemacht. Aber verzeihen Sie mir nicht: Mit dem Moment des Eingreifens in die Reichsbank wird auch die Hand auf andere Werte gelegt. Es muß durch Sachverständige entschieden werden, was uns als Leistungen auf die Reparationen anzurechnen und was nicht anzurechnen ist, wir müssen endlich dazu kommen, daß nicht einseitig die Reparationskommission entscheidet, sondern ein unparteiliches Gremium.

Ich will auf die Schuldfrage nicht weiter eingehen. Der Abg. Hoehlich hat mich gefragt, was die deutsche Regierung getan habe, um in der Schuldfrage eine Propaganda im Sinne Deutschlands in die Wege zu leiten. Meiner Ansicht nach ist es in erster Linie die Aufgabe des auswärtigen Amtes, die Grundfragen für die historische Forschung bereit zu halten und greifbar zu machen, von der allein das endgültige Urteil gefällt werden kann. (Sehr gut!) Ich würde den Versuch, in diesem Augenblick eine solche Propaganda durchzuführen, für das Schädlichste halten, was wir tun können. (Widerpruch und Beifall.)

Redner schließt: Und wenn es geschehen sollte, daß wir auf Jahrzehnte hinaus stonden müssen, wenn

in einem Rückfall in uralte Zustände und Kampfmethoden

die Franzosen das Ruhrgebiet besetzen würden, um die Arbeiterschaft jahrelang stunden zu lassen für die Zwecke der alliierten Völker, so glaube ich, wird auch für Deutschland das kommen, was einmal für das jüdische Volk gekommen ist: und wenn wir 40 Jahre lang durch die Wüste gehen müssen, so werden wir doch einmal wieder kommen in das gelobte Land der Freiheit. (Beifall.)

Hierauf macht der Präsident die Mitteilung, daß von zwei Parteien der Wunsch geäußert worden sei, die Sitzung abzugeben, um den fraktionellen Gelegenheiten zur Stellungnahme zu geben. Abg. Müller-Franken (Soz.) erklärt, daß keine Partei die Notwendigkeit der Vertagung nicht einsehen könne, aber nicht widersprechen wolle. — Abg. Ledebour (U.S.P.) betont, daß diese beiden Parteien solche des Regierungsblochs seien. Eine Notwendigkeit zur Vertagung liegt nicht vor. — Warh (Komm.) erhebt Widerspruch, worauf durch Abstimmung die Vertagung beschlossen wird.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr.

Briand über die polnische Frage

D.A. Warschau, 26. April.

Den Blättern wird aus Paris gemeldet: Im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten über die Stellungnahme der französischen Regierung zur polnischen Frage befragt, erklärte Briand, daß Frankreich zwar kein Militär entsenden werde, dagegen eine militärische Mission und Kriegsmaterial für den Fall, daß Polen von Deutschland überfallen werden sollte.

Die Gerüchte von einem Ueberfall Deutschlands auf Polen sind natürlich hinfällig. Sie sind entstanden durch das Bekanntwerden von Umtrieben im Osten Deutschlands, die eine nationalitische Abspaltung des Volkes bezwecken unter der Begründung der Gefahr eines polnischen Bandenkriegs. Das Echo, das diese Umtriebe in Paris gefunden haben, zeigt erneut, wie hinverbrannt und gefährlich gerade in der jetzigen Lage derartige Machenschaften wirken.

Sperrung des gesamten Güterverkehrs im besetzten Gebiet. Die Düsseldorf Güterabfertigung hat von der Mainzer Eisenbahndirektion die Weisung erhalten, daß der gesamte Güterverkehr für alle Stationen im besetzten Gebiet und auch für die Grenzbahnhöfe gesperrt ist. Dadurch wird die zunehmende Stauung im Düsseldorf Bezirk immer heutzugender.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Antrag der sozialdemokratischen Fraktionen

Die Reichstagsfraktionen der U. S. P. D. und der S. P. D. haben, um die jetzigen ungesunden Zustände, die in der Erwerbslosenfürsorge noch bestehen — ob die Winterbeihilfen, die mit dem 30. April d. J. ablaufen, weitergewährt werden sollen oder nicht — klarzustellen und die Reichsregierung zu zwingen, feste Beschlüsse zu fassen, gemeinsam folgenden schleunigen Antrag an den Reichstag gerichtet:

A.

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ermahnen, die Behebung der Erwerbslosigkeit und die Fürsorge für die Erwerbslosen nach folgenden Grundsätzen vorzunehmen:

1. Sofortige Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten in weitestem Umfang. In erster Linie sind die für die öffentlichen Lehrbetriebe erforderlichen Erneuerungsarbeiten ohne jeden Verzug in Auftrag zu geben. Die Mittel für weitere öffentliche Arbeiten sind schleunigst bereitzustellen.

2. Bei der Vergabe dieser Aufträge sind die von der größten Arbeitslosigkeit betroffenen Bezirke in erster Linie zu berücksichtigen. Den Unternehmern ist die Verpflichtung aufzuerlegen, entsprechend der Größe des jeweiligen Auftrages Arbeitslose einzustellen. Zu diesem Zweck ist, soweit dies technisch durchführbar ist, eine verkürzte Arbeitszeit einzuführen oder diese beizubehalten, soweit sie bereits besteht. Wo durch Sichtwechsel mit verkürzter Arbeitszeit die doppelte Arbeiterzahl beschäftigt werden kann, ist eine solche Bedingung bei Uebertragung öffentlicher Aufträge vorzuschreiben.

3. Soweit die vorhandenen Betriebe einzelner Industriezweige nicht ausreichen, bestimmte Arten der verfügbaren Aufträge allein auszuführen, ist zum Zweck der Unterbringung der Arbeitslosen ein entsprechender Teil dieser Aufträge an geeignete andere Betriebe zu vergeben. Nötigenfalls ist die Umstellung von Betrieben zur Herstellung dieser Arbeiten sofort zu veranlassen.

4. Alle Arbeitsaufträge der öffentlichen Verwaltungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden sind als Kostensarbeiten zu erklären. Bei denen der Unternehmern auf ein den Verhältnissen angemessenes Höchstmaß zu begrenzen ist. Den Arbeitern sind, um Arbeitszeitverlust zu vermeiden, die Tariflöhne sicherzustellen.

5. Zur Mitbestimmung bei der Regelung der Auftragsvergabe, soweit es sich um die in Ziffer 2-4 vorgesehene Verpflichtungen handelt, sind Vertreter der Gewerkschaften zuzuziehen.

6. Wo es auf keinem anderen Wege möglich ist, den Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen, ist zu verlangen, daß allgemeine, also auch für private Aufträge, die Arbeitszeit der noch voll Beschäftigten verkürzt und nach Möglichkeit Sichtwechsel eingeführt wird. Die leitenden Beschäftigten werden zu diesem Opfer an die sämtlichen Arbeitslosen bereit sein, wenn die in Ziffer 7 folgende Forderung erfüllt wird.

7. Allen Kurzarbeitern ist der bei der verkürzten Arbeitszeit entstehende Lohnausfall zu zwei Dritteln von den Arbeitgebern zu ersetzen. Das Reich und die Länder übernehmen die Hälfte der den Arbeitgebern erwachsenden Kosten auf die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Diese Maßnahme kann aber nur eine vorübergehende und nicht von langer Dauer sein, sondern es muß mit Hinblick auf die Existenzmöglichkeit der Kurzarbeiter in der jetzigen teuren Zeit alles aufgewendet werden, um die Kurzarbeit baldigst wieder in Vollarbeit umzuwandeln.

8. Die Behebung des Wohnungsmangels durch Bereitstellung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau ist mit größter Eile als bisher zu betreiben. Als Ziel aller Maßnahmen auf diesem Gebiete hat in erster Linie und noch vor der Bekämpfung der Wohnungsnot die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu gelten.

9. Für diejenigen Arbeitslosen, denen auch durch die Erfüllung vorstehender Forderungen keine Arbeit verschafft werden kann, ist eine weitgehende, den Teuerungsspekulationen angemessene Erhöhung der laufenden Unterstützung zu beschließen, damit diese Arbeitslosen mit ihren Familien vor dem Verhungern geschützt werden.

Die Unterstützung soll in Ortsklasse A betragen:

für männliche Personen:	
über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	15 M.
über 16-21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben	13 "
unter 16 Jahren	11 "
unter 16 Jahren	6 "
für weibliche Personen:	
über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	13 M.
über 16-21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben	11 "
über 16-21 Jahre	9 "
unter 16 Jahren	5 "

Die Familienzuschläge für den Ehegatten betragen 5 M., für die Kinder bis zu 16 Jahren 4 Mark, für sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 3 M. täglich.

In den Ortsklassen B bis E ist eine entsprechende Aufbesserung der Sätze unter Aufrechterhaltung der jetzt geltenden Spannung, die in den einzelnen Sätzen 0,50 M. bis 2,50 M. beträgt. Zu dem gleichen Zweck ist die Schulpflicht für Kinder unbemittelter Eltern einzuführen und auszubauen.

B.

Der Reichstag wolle beschließen: Bis zur Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge bleiben die für die Wintermonate gewährten Unterstützungssätze bestehen.

Die Arbeitslosigkeit nimmt mit jedem Tage schrecklichere Formen an. Groß-Berlin allein beherbergt nach den neuesten Zählungen gegenwärtig nahezu 135 000 Erwerbslose, während die Zahl zur gleichen Zeit im Vorjahre etwa 73 000 betrug. In Berlin selbst ist die Zahl der Erwerbslosen zur Zeit auf der Höhe von 71 000 angelangt, gegen 41 800 im April 1920. Im Mai 1920 hatte die Zahl der Erwerbslosen in Berlin mit 30 700 ihren Tiefstand erreicht, um von hier aus von Monat zu Monat zu wachsen bis zur gegenwärtigen Höhe. Auch jetzt sehen sich wieder zahlreiche Arbeiter vom Verlust ihrer Arbeitsstellen bedroht.

Zu den Vollverwerbslosen tritt die ungeheure Zahl der Kurzarbeiter. Nur durch das von diesen gebrachte Opfer ist es überhaupt möglich gewesen, die Zahl der Er-

werbslosen auf dem dargestellten Stand zu erhalten. Hätte die Arbeiterchaft nicht auf die Kurzarbeit gedrungen, sondern der Willkür des Unternehmertums freie Bahn in der Entlassung überzähliger Arbeitskräfte gelassen, so wären die Zahlen erheblich höher.

Aber auch die Zahlen der Erwerbslosen und Kurzarbeiter geben noch kein volles Bild des gegenwärtigen Erwerbslosens. Für zahllose Arbeiter ist die Erwerbslosigkeit zu einem Dauerzustand geworden, der alle Widerwärtigkeiten der seelischen Depression und der moralischen Gefahren, die der Zustand der Erwerbslosigkeit in sich birgt, zu ihren gräßlichsten Wirkungen steigert. Kurzum, die Arbeitslosigkeit ist zu einer Gefahr für das ganze Volk angewachsen.

Darum ist schleunige Hilfe nötig. Die oben dargestellten Anträge sind zum Teil bereits an anderen Stellen gestellt und angenommen worden. Das dringendste Mittel zur Abhilfe ist die Erhöhung der Unterstützungssätze. Hier ist sofortige Hilfe notwendig und möglich. In Verhandlungen mit den Spitzenverbänden des U. D. G. B. und des A. B. A., die gestern stattfanden, hat sich der Reichsarbeitsminister mit der Annahme des letzten Satzes unseres Antrages einverstanden erklärt. Auch der Finanzminister dürfte dem zustimmen, so daß bereits jetzt feststeht, daß die für die Wintermonate gewährten höheren Unterstützungssätze auch für die Zukunft bestehen bleiben.

Aber es ist eine weitere Erhöhung dieser Sätze nach den oben gemachten Vorschlägen notwendig. Unsere Vertreter haben entsprechende Anträge im Unterausschuß des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages bereits vor einiger Zeit gestellt, und auch in der ständigen Kommission der Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung für die Erwerbslosenfürsorge wurde die gleiche Forderung von unseren Genossen erhoben und durch einen einstimmigen Beschluß zur Forderung dieser Kommission gemacht. Das Parlament, das demnächst unsere Anträge zu behandeln haben wird, weiß also, daß alle Kreise, welcher Partei sie immer zugehören mögen, die durch pflichtgemäße Beschäftigung mit der Erwerbslosenfürsorge Kenntnis von den Zuständen haben, diesem Teil des Antrages zustimmen.

Aber auch die übrigen Forderungen des Antrages erreichen die sofortige Zustimmung des Reichstages. Die Arbeiterchaft erklärt sich durch ihre berufenen Vertreter wiederum bereit, das Opfer der Kurzarbeit und des Mehrschichtensystems auch weiterhin und womöglich sogar in erhöhtem Maße auf sich zu nehmen. Aber die Arbeiterchaft, die unter dieser teilweisen Arbeitslosigkeit, die breite Schichten bereitwillig auf sich nehmen, heute schon in ungewöhnlichem Maße leidet, kann ein solches Opfer für die Allgemeinheit nur bringen, wenn dieser Zustand ein vorübergehender ist. Das heißt, wenn sofort alle Maßnahmen ergriffen werden, die der Antrag zur Vinderung der Arbeitslosigkeit mittels Arbeitsbeschaffung in Vorschlag bringt. Die Arbeiterchaft kann in dieses Opfer seiner nur dann willigen, wenn den Unternehmern dafür auferlegt wird, daß sie den durch Kurzarbeit entstehenden Lohnausfall dem Arbeiter zu zwei Dritteln ersetzen. Wir sehen darin eine Mindestforderung, weil die Hälfte der daraus erwachsenden Kosten sogar nach aus allgemeinen Mitteln beigetragen werden soll. Es ist ein Skandal ohnegleichen, daß die Arbeiterchaft ein volles Jahr der gräßlichsten Arbeitslosigkeit hindurch alle Opfer aus dem Darniederliegen der Wirtschaft allein auf ihre eigenen Schultern nehmen mußte, denn die kümmerliche Unterstützung war nur eine völlig unzureichende Gegenleistung der Gesamtheit.

Und alles das darf nicht auf die lange Bank geschoben werden. Lange Verhandlungen und wohlwollende Erwägungen in Kommissionen und Geheimratsstuben sind hier überflüssig. Hier gibt es nichts zu erwägen und nichts zu untersuchen. Das Elend der Erwerbslosen liegt deutlich zutage. Die Opfer, die die Arbeiterchaft bringt, sind offenkundig. Und die Tatsache, daß das Unternehmertum bisher jedes Opfer zu umgehen gewußt hat, ist gleichfalls bekannt. Daraus erwächst dem Staat und dem schwer verdienenden Unternehmertum die dringende sittliche Pflicht zur sofortigen umfassenden Hilfe für die Arbeitslosen.

Die Ueberschichten abgelehnt

Wohum, 26. April.

Die Abstimmung unter den Mitgliedern der freien Gewerkschaften über das Angebot der Arbeitgeber des Steinfeldensbergbaues vom 12./13. April hat ergeben, daß eine überaus große Mehrheit der Mitglieder gegen die Leistung der weiteren Ueberarbeit ist. Das Angebot der Arbeitgeber wurde damit abgelehnt.

Ministerumzug

In den preussischen Ministerien wird Aus- und Einkehr gehalten. Ministerpräsident Stegerwald ist gestern in das Staatsministerium eingezogen und hat die Arbeit aufgenommen. Der Herr Staatssekretär Göhre hat sich ein Vergnügen daraus gemacht, ihn an der Spitze der verammelten Beamenschaft begrüßen zu dürfen. Stegerwald hielt, was nicht zu umgehen gewesen sein dürfte, eine Rede. Eine seiner Hauptaufgaben werde es sein, an der Heranbildung von Zuständen zu arbeiten, die es auch denen ermüdeten sollen, sich in dem neuen Staatwesen wohl zu fühlen, die heute noch unzufrieden abseits stehen. Wie vermutet, daß Herr Stegerwald damit jene Kreise auf der Rechten meint, die ihren Wilhelm immer noch nicht wieder haben. Diese sind doch unzufrieden, Herr Stegerwald. Werden Sie einen Zustand schaffen, der die Zufriedenheit dieser Leute erregt? Oder trauen Sie sich etwa die Titanenarbeit zu, aus diesem Staatwesen ein solches zu machen, das andere unzufriedene Kreise befriedigen würde, etwa die sozialistische Arbeiterchaft?

Am Anfang seiner Rede soll Stegerwald gesagt haben, daß man den schmerzlichen Witzwort der letzten zwei Monate aus den Schwierigkeiten erklären müsse, die sich einem Volke entgegenstellen, das bis vor kurzem verantwortlicher politischer Arbeit entwöhnt war und nun sich selbst eine Regierung schaffen muß. Diese Selbstbeschuldigung ist anzuerkennen. Denn wenn das preussische Volk sich diese Regierung, an deren Spitze Stegerwald steht, gewünscht und selbst geschaffen hat, dann ist das allerdings ein niederwürdiges Zeichen unheilbarer politischer Unfähigkeit. Wir aber finden, daß die Stegerwaldregierung keineswegs den Wünschen des

preussischen Volkes entspricht, denn wir haben eine bessere Meinung vom Volke als dieser Ministerpräsident.

Auch Konrad Haenisch ist ausgezogen. Leicht wirds ihm nicht geworden sein. Er hat Größe und Händedrück gefaßt mit seinem bisherigen Staatssekretär und jetzigen Nachfolger auf dem Ministerposten Becker, und ein offizieller Bericht nimmt Notiz von dieser entscheidenden historischen Tatsache. Alles, was versammelt war, war von heiligem Dank erfüllt für den armen Konrad. Er aber hat den Wunsch ausgesprochen, sein Nachfolger möge den gleichen Kurs steuern, den sie beide bisher in gemeinsamer Arbeit verfolgt hätten. Auch wir erwarten von Herrn Becker nicht mehr. Zu Letztartikeln, in denen er mit wimmern den Klagen um das Wohlmollen des „geistigen Deutschland“ von Röhre bis Bierimpel wirbt, wird auch er es bringen.

Erzbergers Steuererklärung

Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages hat jetzt im Reichstag einen schriftlichen Bericht, der die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Erzbergers wegen Einkommensteuerhinterziehung und Kapitalflucht erteilt, erstattet. Erzberger selbst hat bringen ersucht, dem Antrage zustimmen zu lassen, da nach seiner Behauptung eine unerhörte Verhinderung der ganzen Angelegenheit vorliege. Dem Bericht ist die ausführliche Erklärung beigegeben, die der Reichsfinanzminister Dr. Wirth in der Sitzung des Ausschusses über den Gang der Untersuchung beigegeben hat. Von besonderer Bedeutung in dieser Erklärung sind die Mitteilungen über die Ermittlungen wegen des Aktendiebstahls. Daraus geht hervor, daß sowohl die Ermittlungen des Finanzamtes als auch die Untersuchungen der Staatsanwaltschaft über den oder die Täter keine Anhaltspunkte ergeben haben. Das ganze Verfahren sei ergebnislos verlaufen. Der Geschäftsordnungsausschuß hat mit allen gegen vier Stimmen beschlossen, dem Reichstage vorzuschlagen, die Immunität des Abgeordneten Erzberger für diesen Fall aufzuheben.

Es ist zu erwarten, daß es bei der Behandlung dieses Antrages im Plenum des Reichstages zu ausgiebigen Erörterungen kommen wird.

Preisgabe des Immunitätsrechts

Die Geschäftsordnungskommission des Reichstages beriet am 26. April über einen Antrag auf Haftentlassung des Abg. Wendelin Thomas während der Dauer der Reichstagsferien. Thomas wurde, wie bekannt, wegen Hochverrats usw. zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Der Hochverrat soll begangen sein in einer Rede, die Thomas am 24. März in München gehalten hat. Die kommunistische Fraktion hatte auf Grund der einschlägigen Verfassungsbestimmungen keine Haftentlassung während der Dauer der Reichstagsferien beantragt.

Der Berichterstatter der Kommission, der Abgeordnete Probus, kam aber zum Schluß, daß die Haftentlassung abgelehnt werden müßte, da, solange die Nachwehen der kommunistischen Obererhebung nicht überwunden seien, ein Beurteiler auch nicht vorübergehend seiner Strafe entzogen werden dürfe.

Abgeordneter Ledebour (U. S. P.) beantragte Haftentlassung; das erfordere das Immunitätsrecht, das gräßlich verletzt werde, wenn auf Grund einer Beurteilung in diesem rein politischen Prozeß ein Abgeordneter auch nur vorübergehend seiner parlamentarischen Tätigkeit entzogen würde. Ledebour bezog sich für die Begründung hauptsächlich auf eine Stelle in dem Urteil selbst, in dem gesagt wird, daß Thomas in der inkriminierten Rede sich bemüht habe, „für die Unterstützung kommunistischer Räuber- und Mordbrennerbanden zu werben“. Wenn man sich auf den Standpunkt des Gerichts stellt, daß Thomas durch seine Rede auf die Unterstützung der kommunistischen Erhebung in München habe hinwirken wollen, so sei es doch absolut unmöglich, seinem Auftreten die Bedeutung zu geben, als ob er für kommunistische Räuber- und Mordbrennerbanden habe werben wollen. Denn wenn selbst Raub- und Mordtaten, wie behauptet wird, in Mitteldeutschland vorgekommen seien, habe es doch offenbar weder in der Absicht der kommunistischen Partei gelegen, Räuber- oder Mordbrennerbanden zu bilden oder auf Raub und Mord hinzuwirken, noch könne einem einzelnen Redner, der die Bewegung an sich unterließen wollte, eine solche Absicht unterzuschoben werden. Die Motive der Veranstalter dieser Erhebung seien rein politische gewesen. Das müsse man zugeben, auch wenn man sonst auf dem Standpunkte stehe, daß diese ganze Erhebung zöricht im hohen Maße gewesen sei. Das Gericht habe somit selbst durch eine solche Motivierung dieses Urteils als ein politisches Tendenzurteil schlichter Art charakterisiert. Der Reichstag könne zwar das Urteil nicht aufheben oder korrigieren, er müsse aber eines seiner Mitglieder insofern nennen die Auswirkung dieses Urteils schäden, daß er ihm die Möglichkeit sichere, durch Haftentlassung während der Zeit der Parlamentsferien seiner parlamentarischen Tätigkeit nachzukommen. Redner warnte dann noch ausdrücklich davor, daß die Abgeordneten sich durch ihre politische Voreingenommenheit in der Frage beeinflussen lassen.

Seinen Ausführungen trat der bayerische Abgeordnete Emwinger (Bayer. Volkspartei), in keinem bürgerlichen Beruf Staatsanwalt, entgegen. Seine Ausführungen sind so bezeichnend für die gegenwärtig in Deutschland mahdende Rechtsauffassung, daß wir sie hier wiedergeben wollen. Der Redner meinte, Thomas habe in seiner Rede zwar selbst die Nichttätigkeit der Zeitungsberichte überhaupt und der Mordtaten, die in Mitteldeutschland während der Obererhebung vorgekommen seien, bestritten. Aber trotzdem gehe doch daraus hervor, daß ihm diese Zeitungsberichte bekannt gewesen seien. Und da ihm also die Behauptung bekannt gewesen sei, daß Raub- und Mordtaten begangen seien, habe er die eventuellen Begehungen von Mordtaten und Räubereien mit in seinen Willen aufgenommen. Es liege also dolus eventualis (die böse Absicht, es eventuell zu einer solchen Untat kommen zu lassen) vor. Gegen diese haarsträubende Auffassung wandten sich dann in energischen Worten die Abgeordneten Geyer (Komm.) und Rühl (U. S. P.). Der Reichstagspräsident Grundauer unterstützte den Antrag Ledebour, während verschiedene bürgerliche Juristen wegen der Haftentlassung polemisierten, wenn auch mit verschiedenen Motivierungen. So der Deutschnationale Herr Graf, der Volksparteiler Rahl und schließlich der Demokrat (!) Haas. Letzterer erklärte, für ihn sei ausschlaggebend, daß Thomas eine Resolution empfohlen habe, in der die bayerischen Arbeiter zur Verhinderung von Waffentransporten aufgefordert seien. Das sei offenbar Hochverrat (!). Bei der Abstimmung wurde der Antrag Probus, die Haftentlassung abzulehnen, mit 14 gegen die 8 Stimmen der drei sozialistischen Parteien angenommen.

Preisenerbote im besetzten Gebiet. Die Interalliierte Abwandskommission hat das Ersuchen der „Bergischen Arbeiterstimme“ in Solingen vom 21. April ab auf fünfzehn Tage verboten. — Der „Klabberdatsch“ ist für die Präfektur Halle (Sachsen) und Duisburg, Ruhrort ab 20. April auf die Dauer von drei Monaten verboten worden, weil, wie es in der Bekanntmachung des Ortsbelegten heißt, die Nummer vom 10. April Zeichnungen enthalten hat, die für die Befestigungstruppen befehlend seien.

Bei der Erziehung in Bedford (England), wurde der Postminister Kellaway (Koalitionsliberaler) mit 14 297 Stimmen gewählt. Der Arbeiterkandidat Koley erhielt 3731 Stimmen.

Abbruch der italienisch-jugoslawischen Verhandlungen. Nach Meldungen aus Belgrad sind die Verhandlungen mit Italien wegen Abschluß eines Handelsvertrages abgebrochen worden, weil die italienische Regierung die Durchführung der Bestimmungen des Vertrages von Rapallo verweigert.

Auge um Auge.

Wenn sich zwei streiten, freut sich der Dritte, und der sind Sie, wenn Sie Ihre Augengläser bei Optiker Ruhnke kaufen. Die Optiker laufen Sturm gegen uns, aber nur mit Worten. Sie die Kinder werfen sie mit Schmutz nach uns, aber sie treffen uns nicht.

Wir können den Kerger der Optiker verstehen, denn unsere billigen Preise, die hohe Qualität unserer Artikel und unsere Garantie sind der Konkurrenz lästig, aber Ihnen als Käufer angenehm.

Wir behaupten die Optiker, unsere Garantie wäre wertlos, und eigentlich haben sie recht, denn unsere Fassungen sind so gut und dauerhaft gearbeitet, daß sie bei ordnungsmäßigem Gebrauch selten in der Garantiezeit bis zu 4 Jahren zerbrechen. Wenn Sie aber durch Ungefallt dennoch einen Schaden an einem Metallteil einer Ruhnke-Fassung haben, so empfinden Sie unsere Garantie als sehr angenehm, wenn die Reparatur, welche vielleicht sonst 8 bis 15 R. oder gar 35 R. kosten würde, Ihnen umsonst gemacht wird.

Auch tun die Optiker so, als wäre die Qualität unserer Ware, besonders unserer Augengläser, eine zweifelhafte. Nun, wir fabrizieren ca. 2500 Duzend Paar Brillen monatlich, davon verbrauchen wir selbst in unseren Geschäften mehr als die Hälfte, den Rest laufen andere Optiker. Wenn Sie dann unser eigenes Fabrikat bei einem der anderen Optiker erhalten, so wird es Ihnen als das verkauft, was es natürlich ist, als beste Qualitätsware. Doch müssen Sie anderwärts in der Regel einen ungleich höheren Preis dafür bezahlen als bei uns.

Wir haben in unseren 22 Berliner Geschäften ungefähr 50 fachmännische Angestellte, wie die anderen 100 Optiker zusammen. Wir glauben deshalb, nicht fehlzugreifen, wenn wir behaupten, daß wir nicht weniger Augengläser verkaufen, als alle übrigen Optiker in Groß-Berlin zusammen. Das Augengläser tragende

Berliner Publikum hat längst erkannt, wo es gut und preiswert bedient wird. Aber auch in Düsseldorf und Basel, wo wir je ein Geschäft haben, und vor allem in Hamburg, wo wir 6 Geschäfte betreiben, dürfte dies bald ebenso zutreffen.

Da unsere werke, ausgebreitete Kundenschaft sich aus allen Schichten der Bevölkerung zusammensetzt, besonders aber aus dem Mittelstand, so kann unser Geschäft nur gedeihen, wenn wir preiswert sind und gebogene Waren liefern. Unsere Entlohnung von einem bescheidenen kleinen Unternehmen zu dem bedeutendsten seiner Art mit 30 Geschäften und einer Fabrik von 150 Angestellten und Arbeitern in Rathenow beweist, daß unser Grundsatz den Beifall des brillentragenden Publikums findet. Daran halten wir fest.

Unser Personal ist im Anpassen von Augengläsern und Fassungen vorgebildet und wird noch ständig in bezug auf Augengläser-Verordnung von einem hervorragenden Spezialisten weitergebildet.

Doch fertigen wir Ihnen auch Augengläser nach jeder ärztlichen Vorschrift an.

Nun bitten wir höflichst um Ihren Besuch, sei es, um ein neues Augenglas anpassen, oder um ein gebrochenes herstellen zu lassen. Wir wenden uns mit diesem Inserat in erster Linie an diejenigen, die wir zu unseren Kunden zu zählen bisher noch nicht das Vergnügen hatten, denn unsere alte Kundenschaft bleibt uns treu, auch ohne Inserate, weil sie weiß, wie sie bei uns bedient wird. Wer aber erstmalig zu uns kommt, hat nicht das allgeringste Risiko, denn wir stellen Sie unter Garantie auf, oder wir zahlen Ihnen ohne Widerrede Ihr Geld zurück. Alsdann können Sie immer noch versuchen, ob irgendein anderes Geschäft auch nur annähernd das leistet, wie wir. Wer macht Ihnen solch ein großzügiges Angebot noch? Also zögern Sie nicht!



Sind's die Augen, Geh' zu Ruhnke

Charlottenburg: Lehnstr. 21, Ecke Hauptstr.
 Friedrichs-Str. 103a
 C Spillermarkt 66a
 Alexander-Platz
 SW Belle Alliancestr. 4
 SO Oranien-Str. 44
 S Kottbuser Damm 10
 O Frankfurter Allee 14
 Schöneberg: Geystr. 21, Ecke Hauptstr.
 Friedenau: Kottb. 14, Ecke Hauptstr.
 Neukölln: Burgstr. 4, Ecke Hauptstr.
 Spandau: Böttch. Str. 14, nahe Markt.
 NW Friedrich-Str. 150
 Invaliden-Str. 164
 Invaliden-Str. 117
 NW Friedrich-Str. 150
 N Chaussee-Str. 72
 Schönehauser Allee 81

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
 Die Komödie der Irrungen
Neues Volkstheater
 Rose Bernd

Lessing-Theater
 Direktor: Victor Barnowsky
Gespensfer
 Dessen, Reichert, Abel, Gög, Ross

Staatstheater
 Opernhaus
 Die Gezeichneten

Theater am Rollendorplatz
 Der Better aus Dinasha

Deutsches Theater
 Die Kaiserin Kleopatra

Deutsches Theater
 Die seltsame Gezellen

Rugby
 Komödienhaus:
 Die Sache mit Cola

Walhalla-Theater
 Fledermaus

Milliarden
 SOUPER

Rose-Theater
 Im Café Noblesse

Trianon-Theater
 Rosen

Elite-Sänger
 Apollotheater

Das Privileg
 Kleines Theater

12 Schläger

Thalia-Theater
 Maskottchen

Residenz-Kasino
 BALL

Komische Oper
 Luderchen

Residenz-Kasino
 BALL

Cognac
 Weinbrand-Verschütt
 Deutscher Weinbrand

Weißwein
 billiger, vorzüglich zur Bowle, schon von 10.— an ohne Steuer.

J.F. Rauch
 Kapitän-Kautabak

Kapitän-Kautabak
 wieder reichlicher in der früheren guten Qualität zu beziehen

Kleide Dich billig, elegant!

KARL RADEK
Die auswärtige Politik Sowjet-Rußlands
 83 Seiten Preis M. 2.50
 Bestellungen sind zu richten an die
Verlagsbuchh. Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11

Spezial-Arzt
 Dr. Scott für alle Geschlechts-
 krankheiten

Geschlechtsleiden
 Harnröhrenleiden, Tripp und speziell veraltet, Syphilis,
 Mannschwäche, Weissfluss behandelt ohne Berufsberatung

Dr. med. Meyenberg
 u. Dr. Hittor, G. m. b. H. Haut-, Darm-, Frauenleiden,
 Blasenentzündung, Gicht, Rheuma, Nervenleiden

Gold PLATIN Silber
VOGLER
 alle Uhren, Brillen, Kontakt, etc.

Rancherbank!
 Das sicherste Mittel, das
 Menschen ganz od. teilweise
 erkrankt, wieder gesund zu
 machen

Sport-Kleidung

Sportanzüge Faltenlos und Knöchel
 einfarbig und gestreift M. 300,-
Sportanzüge dreifach, mit Breches-
 becken, schone Muster in
 sehr guten Stoffen M. 350,- 325,-
Sportanzüge mit Brechesbecken, in leichter
 braun, Nachschneidestoff, M.
 M. 275,- 325,-
Pelzröcke aus vorzüglichem Strichloden,
 gute Stoffqualität, weit ge-
 halten Formen M. 275,- 325,-
Bosener Mäntel inpragantier ganz
 Loden, in verschiede-
 nen Formen M. 350,- 300,-
Gummimäntel moderner, weiche,
 weiche, weiche, weiche
 M. 350,- 325,- 375,-

Gardinenmäntel beste
 Material, M. 300,- 300,-
Regenmäntel imprägn. Stoffe u. Gummis,
 M. 600,- 475,- 300,-
Knabenanzüge mit Breches-
 becken, in vielen
 versch. Form. u. Must. M. 350,- 300,- 270,- 240,-
Knaben- u. Mädch.-Pelzröcke aus
 aus vorzüglichem Strichloden, anfangend mit H.
 M. 200,- 175,-
Sport- u. Brechesröcke aus
 Loden- und Nachschneidestoffen M. 200,- 175,-
Leckröcke für Herren, angediebt
 M. 165,- 150,-

Neu eingeführt für Damen: Gummimäntel, Weitemäntel
 u. Pelzröcke. Preise sehr billig!
 Anfertigung nach Mass; eleganter Sitz, erstklassige moderne Verarbeitung.
Stoffverkauf an Schneider, Händler und Private!

Nur ohne Verkaufsstelle
BaerSohn
Nur Chausseestraße 29-30
Keine Filialen mehr
 In der Morgen-
 stunde Verkauf
 billiger Sachen!

Jackett-Army-Cutaway, U.S.P.
 teils aus Seide, früher bis 1200 Mk. Jetzt
 für 400-500 Mk. Ferner Damen-
 Kostüme, Mäntel, enorm billig!
 Nach beendeter Saison 50% herab-
 gesetzt. Kreuzfäden, Zobel-, Blau-
 Weiß-, Silberfäden. Keine Lombardwaren.

Anzüge
 Covertcoats, Cutaways, Hosens. Verkauf zu
 enorm billigen Preisen. Keine Lombardwaren
Leihhaus Friedrich-Strasse Nr. 2
 Ankauf und Beleihung jeder Wertsache

Zum 1. Mai
Postkarten
 mit Portraits beliebiger Führer
 pro Stück 30 Pfennig
Wiederverkaufern
 hoher Rabatt

Buchhandlung
„Freiheit“
 Breite Straße 8/9

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Todes-Anzeige
 Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder
 gestorben sind:
 Der Elektriker
Ernst Wiethüchter
 am 24. April.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 24. April, mitt-
 nachmittags 4 Uhr, von der Erdenhalle des Georgen-
 Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.
 Der Klempner
Rudolf Meyer
 Oberberger Str. 13, am 24. April.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. April,
 nachm. 12 1/2 Uhr, im Krematorium Gerickestraße statt.
 Der Schlosser
Karl Schäfer
 am 23. April.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. April,
 nachm. 3 1/2 Uhr, von der Erdenhalle des Georgen-
 Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.
 Regt Beerdigung wird erwartet.
Nachruf
 Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder
 gestorben sind:
 Der Kupferarbeiter
Wilhelm Otto
 am 20. April
 Der Metallarbeiter
Paul Harder
 am 18. April.
 Der Mechaniker
Georg Albrecht
 am 20. April.
 Ihre Iheem Tadeln!
 Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
 Allen denjenigen, die
 mir beim Hinscheiden
 meines lieben Vaters,
 meines guten Vaters,
 sowie bei der letzten
 Anstalt so herzlich
 zur Seite standen, die
 ich nicht in Worte, im
 einzelnen meine Dank
 aussprechen, und lege
 auf diesem Wege allen
 meinen herzlichsten Dank.
 Die tieftrauernde Witwe
Emma Wögelin u. Kinder.

Westmanns
 Trauer-Magazin
 Billige Auswahl.
 1. 95 Kohlenstr. 37
 (Kollonnenaden)
 11. Or. Frl. Str. 115
 (nahe Landwehrstr.)
 Hausvermittlung (s.)
 Amt Zentrum 700
 Sonntags geschlossen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Branchenversammlung
 der Zigarettenmaschinenführer und Betriebs-
 handwerker
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Herrn Dr. Alfred Goldschmidt über: „Die
 Zukunft der Arbeit.“
 2. Bericht und Branchenanliegenheiten.
 3. Betriebsanliegenheiten und Geschäftsbesorgung.
 Zum 1. Punkt der Tagesordnung sind die Mitglieder der
 Maschinenführer und Betriebshandwerker der Zigaretten-
 industrie eingeladen. Persönliche Erscheinen notwendig.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
 Die Ortsverwaltung.

Wanderkarten
 für alle Gegenden erhält man in der
Buchhandl. „Freiheit“, Breite Str. 8/9

Groß-Berlin

Die sozialistische Genossenschaft

Ein neuer Kämpfer!

Wie auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet, so gibt es auch auf genossenschaftlichem. Vieles ist überholt, veraltet, drängt nach Aus- und Umbildung. Über die praktische Durchführung der Forderungen und Notwendigkeiten ist in den Genossenschaften besonders schwer. Das lehren die jüngsten Erfahrungen überall. Es wird notwendig sein, fürs erste planmäßige geistige Vorbereitungs- und Klärungsarbeit zu leisten. Diese große Aufgabe hat sich eine neue Genossenschaftszeitung gestellt, deren erste Nummer soeben erschienen ist. Die Redaktion führt der Genosse Jäschke, gedruckt wird das Blatt in der Druckerei der Dithüringer Tribüne. Für die ersten drei Monate April, Mai, Juni erscheint das Blatt monatlich, vom Juli ab vierzehntägig. Der Preis für die sechzehnteilige Nummer ist auf vierzehn Pfennig, das erste Vierteljahrsabonnement kostet 5,40 M.

Die erste Nummer der Sozialistischen Genossenschaft zeichnet sich durch gediegene Inhalte aus. Herrm. Fleißner-Dresden steht mit einem Artikel „Zum Geleit“ an der Spitze; er unterwirft die Konsumgenossenschaften wie sie sind einer sachlichen, treffenden Kritik; u. a. heißt es in seinem Artikel über die bisherigen geistigen Beziehungen der Arbeiterklasse zu den Genossenschaften: „Kann man denn überhaupt bisher von starken geistigen Beziehungen, die unmittelbar wirken, in dieser Hinsicht sprechen? Ich glaube, die Frage mit Nein! beantwortet zu müssen. Die Genossenschaftszeitungen der verschiedenen Verbände sind viel zu sehr auf rein praktische, geschäftliche Aufgaben und verhandlungsmäßigen Charakter eingestellt, als daß sie geistige Konzentration und Ausstrahlung bedeuten könnten. Viel zu sehr Reinigungsfabrik, die nur Geistesprodukte ganz bestimmter Richtung faßt und verkauft. Und in den Versammlungen und Generalversammlungen der Genossenschaften — wir sprechen in erster Linie von Konsumvereinen — spielen leider noch immer die Markt und Pfennige der Jahresrechnung, die Kritik der Waren und anderes Nehmliche die ausschlaggebende Rolle. Wenn man dort bei Erörterung von Agitationsfragen einmal etwas weiter ausholt, dann ist das schon viel. Stets aber werden auch solche Diskussionen in dem rein Zweckmäßigen stecken bleiben. Nicht viel anders ist es auf den Genossenschafts- und Verbandstagen. Die sind in erster Linie auf Wirkungen nach außen berechnet, von vornherein programmatisch abgestimmt, und wehe dem Augenwächter, der diesen Veranstaltungen einen andern Sinn geben möchte, der gar mit Problemstellungen kommt! Nach den bisherigen Beobachtungen und Erfahrungen ist ein großer Teil der Vereinsvertreter froh, wenn die Tagesordnung so schnell und so anstandslos wie möglich erledigt wird, damit dann zum wichtigeren Teil, dem Amüsement, übergegangen werden kann. Das Denken überläßt man dem Zentralvorstand, der alles so gut wie möglich vorzubereiten hat. Die Hauptfrage ist dann, daß die Resolutionen, die meist nicht erst gelesen werden, zur einstimmigen Annahme gelangen. Im übrigen wird die geistige Genossenschaftswelt in aus zwei oder drei Teilen bestehenden viden Jahrbüchern vergraben, die unberührt wie Heilig-tümer die Archive der Vereine zieren und füllten.“

Wenn das neue Blatt: Die Sozialistische Genossenschaft, in diese verroffene Geistesmaschine etwas Dampf bringen kann, dann hätte es schon etwas bewirkt.“

Mit diesen Ausführungen sind die Schwächen und Schäden der bestehenden Konsumgenossenschaften und die Aufgaben der Sozialistischen Genossenschaft umrissen.

Genosse Jäschke legt weiter die Aufgaben der Zeitschrift dar und beschäftigt sich in einem weiteren Artikel mit der Entwicklungslinie der Konsumgenossenschaften. Paul Lange, Berlin, behandelt die alte grundlegende Frage: Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften. A. Mirus, Berlin, beschäftigt sich mit den Betriebsräten und Konsumgenossenschaften. H. Freund,

Arbeiter-Bildungsschule U S P D.

Am Vorabend des Maifestes, Sonnabend, den 30. April, abends 7 Uhr, findet in der Stadthalle, Klosterstraße, eine revolutionäre künstlerische Feier statt. Alfred Weierle liest ein bisher ungedrucktes Werk Ernst Tollers,

Die Ludditen

Ein Drama aus der englischen Arbeiterbewegung.

Der gesamte Reinertrag wird den notleidenden Angehörigen der politischen Festungsgefangenen in Niederhohenfeld i. Bayern überwiesen.

Eintrittsarten zu 3 Mark sind zu haben im Bureau der Arbeiter-Bildungsschule, in der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9, im Lokal von W. Hoffmann, Ingenieur Str. 8, Wilschus, Petersburger Str. 5, in den „Freiheit“-Expeditionen in Neudamm, Emser Straße und Redarstraße, in der Gewerkschaftskommission, Engelauer 15, bei den Parteifunktionären.

Nürnberg, behandelt die Konsumentenammern. Ein Artikel von Karl Marchionini, Leipzig, erörtert die Geschichte der ländlichen Genossenschaften. Alte und neue Wege in der Geldwirtschaft der Genossenschaften untersucht W. Tscholl, Gera. Eine Wirtschaftsrundschau, die sich mit der Krise des Kapitalismus vom Standpunkt des Sozialismus beschäftigt, hat F. Petrich, Gera, beigegeben. Die internationale Genossenschaftsbewegung würdigt Ernst Heinig, Gera, mit einem Rückblick auf die Tätigkeit des internationalen Genossenschaftsbundes. Notizen und Mitteilungen schließen den reichen Inhalt des ersten Heftes der Sozialistischen Genossenschaft.

Es wird die Aufgabe nicht nur der Konsumgenossenschaftlichen Funktionäre, sondern aller geistig reifen Arbeiter sein, für die Ausbreitung der Sozialistischen Genossenschaft, insbesondere ihrer Grundzüge und Ideen zu wirken!

Der selbstherrliche Bürgermeister

Die letzte Sitzung der Schöneberger Bezirksversammlung hatte sich, veranlaßt durch eine Anfrage unserer Fraktion, mit dem selbstherrlichen Vorgehen des Bürgermeisters Berndt (deutsch-national natürlich) beschäftigt, der am Tage der Beisehung der Frau von Hohenzollern auf den öffentlichen Gebäuden flaggen ließ.

Genosse Wilberg begründete die Anfrage, indem er auf die republikanische Verfassung hinwies, durch die auch die Mitglieder des Hauses Hohenzollern lediglich Privatpersonen seien. Im Gegensatz zu der Verfassung und zu allen anderen Gemeinden habe man am Beisehungstage der früheren Kaiserin die Rathhäuser in Schöneberg und Friedenau besetzt.

Was kümmert sich aber ein deutsch-nationaler Bürgermeister um die Verfassung! Seine Erklärung war getragen von dem Mute eines, der sich sicher fühlt und der es nach beliebiger deutsch-nationaler Weisheit nicht lassen kann, Andersdenkende zu provozieren. Mit deutsch-nationalem Brüllen erklärte Herr Berndt:

Die Anordnung, am Beisehungstage der ehemaligen Kaiserin die Rathhäuser mit den kaiserlichen Flaggen zu versehen, ist von mir getroffen worden, freiwillig, aus eigenem Antrieb, ohne mich zuvor mit dem Bezirksamt in Verbindung zu setzen. Selbstverständlich trage ich die Verantwortung allein in vollem Umfange. Mein Tun zu rechtfertigen, fällt mir nicht schwer. An dem Beisehungstage hat in dem von der Arbeiterbevölkerung bewohnten Stadtteile in verschiedenen Straßen Haus an Haus gellacht (Zuruf: Arbeiter nicht), sollte aber jemand auf die eine oder andere Weise in Erregung gekommen sein, so muß ich bemerken, daß kein Akt von Provokation vorgelegen hat. Wie kann man in eine solche Frage Politik hineinbringen; das natürliche Empfinden muß ohne weiteres sagen, daß die Beisehung eine Ehrung des Andenkens der Frau gewesen ist, die sich niemals mit der Politik beschäftigt hat.“

Dazu ist zu bemerken: Es ist falsch, bemerkt falsch gehandelt, wenn man aus der Tatsache, daß in Arbeitervierteln Flaggen zu sehen waren, einen

entsprechenden Schluß auf die Gesinnung der Arbeiterschaft zieht. Es wohnen eben auch in diesen Vierteln noch genug Untertanenaturen! Nach dem strengen Verhalten der Monarchisten hat es fast den Anschein, als sei die Arbeiterschaft wieder einmal viel zu anständig gewesen, wenn sie bei den deutsch-nationalen Pietät voraussetzte und darauf Rücksicht nahm; diesen Herrschaften ist wirklich nur beizukommen, wenn ihnen die Arbeiterschaft bei solchen Gelegenheiten ihre Meinung rücksichtslos und unabweisend vordemonstriert!

Zum andern aber ist es überaus interessant, wie dehnbar deutsch-nationale Grundzüge sind. Eine in allen Wahlversammlungen gepredigte deutsch-nationale Weisheit ist die Forderung nach Wiederherstellung der Staatsautorität. Herr Bezirksbürgermeister Berndt hat bei seiner Einführung einen Eid auf die republikanische Verfassung abgelegt. Er denkt gar nicht daran, ihn einzuhalten! Außerdem untergräbt er auch die Autorität der kommunalen Behörden, wenn er selbstherrlich handelt. Was ist das für ein Bezirksamt, wo der Bürgermeister tut, was er will?

Deutsch-national, das Wort sagt wirklich alles!

Die Brutalität des Kapitalismus

Eine Berliner Firma hatte zwei Arbeiter nach 28- und 26-jähriger Tätigkeit mit der Begründung entlassen, daß sie nicht mehr im Besitz ihrer vollen Leistungsfähigkeit seien; es wurde ihnen eine Pension auf Widerruf von monatlich 100 Mark bewilligt. Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin hat auf die dagegen eingelegte Beschwerde dem Klageantrag der beiden Arbeiter auf Wiederinstellung stattgegeben. Nach Prüfung der Sachlage erklarte der Schlichtungsausschuß in der Entlassung der beiden Arbeiter eine unbillige Härte nach § 84 Absatz 4 des Betriebsrätegesetzes, und zwar mit Rücksicht auf die lange Beschäftigungsdauer der Beschwerdeführer. Falls die Firma die Wiederinstellung ablehnen sollte, wurde sie nach § 87 B. R. G. für verpflichtet erklärt, sechs Zwölftel des letzten Jahresarbeitsverdienstes den beiden Arbeitern zu zahlen.

Das ist die wahre Natur des Kapitalismus: brutal bis zur Infamie. Arbeiter, die ein halbes Menschenalter ausgebeutet wurden und nun nicht mehr so ausgebeutet werden können, werden einfach auf die Straße geworfen, und der Unternehmer verdöhnt sie noch mit dem Angebot einer „Pension“ von 100 Mark monatlich, auf Widerruf! Die „treuen“ Arbeiter, wie es sonst so schön heißt, können einfach zugrunde gehen, was schiert's den Unternehmer?

Es wäre interessant, den Namen dieser sauberen Firma zu erfahren, um sie der öffentlichen Berachtung preisgeben zu können.

Unterrichtskurse für Arbeiter

Die „Unterrichtskurse für Arbeiter“, E. B. wollen die Grundlagen des Wissens vermitteln. (Deutsch und Rechnen.) Der Unterricht im Deutschen umfaßt vier Stufen (Rechtschreibung, Satzbau, Zeichensetzung, Aufsatzlehre) und die Grundlagen der Literatur, der im Rechnen ebenfalls vier Stufen (Grundrechnung, Bruch- und Zinsrechnung, Regeldetri, Einführung in die Buchstabenrechnung und die Grundbegriffe der Geometrie). Außerdem wird ein Kursus in Naturkunde und ein Kursus zur Einführung in die deutsche Sprache, vornehmlich für Ausländer, veranstaltet.

Der Unterricht wird von Studenten der Berliner Hochschulen erteilt, geleitet wird er von einem politisch und religiös neutralen Verein, in dem Lehrer und Hörer gleichen Einfluß haben. Der Unterricht beginnt am 8. Mai, schließt Ende Juli und findet einmal wöchentlich in den Abendstunden von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Die Hörgelühr beträgt für den Kursus (Dauer 12 Abende) 4 Mark. Arbeitslose erhalten gegen Ausweis Freikarten. Anmeldungen werden für sämtliche Kurse an folgenden Abenden von 7 1/2-9 1/2 Uhr in den Schulkolonen entgegengenommen.

Am Montag, den 2. Mai, in der Gipsstr. 23a; am Dienstag, den 3. Mai, in der Gleimstr. 49; am Mittwoch, den 4. Mai in Neudamm, Kaiser-Friedrich-Str. 208/10; am Freitag, den 6. Mai, in Lichtenberg, Marktstr. 2/3; am Sonnabend, den 7. Mai, in der Hörerversammlung, Niederwallstr. 12.

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Noman von Upton Sinclair

Nach dem Manuskript übertragen von Hermannia zur Mäthen Copyright in der Wallfisch-Verlag Berlin-Dahlemer 1921

(38. Fortsetzung) (Nachdruck verboten)

49.

Und richtig, am Abend des zweiten Tages erschien der Wärter und sagte: „Sie werden freigelassen.“ Peter wurde fortgeführt, in eine andere Welt hinausgestoßen.

Peter verfügte sich auf Zimmer 427 des American House, wo ihn Mc Givney bereits erwartete. Mc Givney sprach keine weiteren Verdächtigungen gegen Peter aus, und auch Peter erwähnte nichts davon; er begriff, das Vergangene solle vergangen sein. Die Autoritäten waren bereit, das Geschenk anzunehmen, das ihnen das Schicksal auf silbernem Teller darbot. Seit Jahren verlangte es sie, der Roten habhaft zu werden, und nun war ihnen dies gelungen.

„Hören Sie, Gudge“, sagte Mc Givney, „dies ist Ihre Geschichte: Sie sind verhaftet, vermittelst des dritten Grades ausgefragt worden, es gelang ihnen, der Polizei zu beweisen, daß Sie von nichts wüßten. Sie wurden wieder freigelassen. Wir haben, um Sie zu decken, auch noch etliche andere freigelassen. Gehen Sie jetzt zu Ihren Freunden zurück, finden Sie heraus, was die Roten planen und tun. Natürlich behaupten Sie, das Ganze sei ein abgekartetes Spiel. Sie müssen herausfinden, wie viel die Leute wissen. Seien Sie vorsichtig, überlegen Sie jeden Schritt, eine Zeitlang werden die Leute Ihnen gegenüber mißtrauisch sein. Wir waren in Ihrem Zimmer, haben alles durcheinandergeworfen, damit die Sache wahrscheinlicher aussieht.“

Peter verließ das Hotel, doch begab er sich nicht sofort zu den Roten. Er wanderte eine Stunde umher, um sich zu vergewissern, daß niemand ihm folge, dann telephonierte er Nell an. Eine Stunde später trafen sie einander im Park, sie fiel ihm in die Arme, küßte ihn selig, begeistert. Er mußte ihr natürlich alles erzählen; da sie erfuhr, Joe Engel sei ein Geheimagent, starrte sie Peter zuerst sprachlos vor Entsetzen an, lächelte dann, bis ihr die Tränen aus den Augen flossen. Als Peter berichtete, wie er sich aus der schwierigen Lage herausgewunden habe, fühlte er sich zum erstenmal ihrer Liebe sicher.

„Nun gilt es, gleich handelt, Peter“, sagte sie, nachdem sie sich etwas beruhigt hatten. „Die Zeitungen sind voll dieser Geschichte, und der alte Nelsie Alderman zittert bestimmt um sein Leben. Diesen Brief hier werde ich heute abend auf-

geben — du siehst, er ist mit einer anderen Schreibmaschine geschrieben, als die ersten. Ich schrieb ihn in einer Schreibmaschinenhandlung, auf diese Art kann man den Brief nie auf mich zurückzuführen.“

Der Brief war an Nelsie Alderman adressiert und trug den Vermerk: „Privat!“ Peter las:

„Dies ist eine Vorkauf von einem Freund. Die Roten hatten einen Spion in Ihrem Haus, der ihnen einen Plan des Hauses zeichnete. Die Polizei verbirgt vor Ihnen die Wahrheit, weil sie die Spur der Verbrecher nicht finden kann und ihre Unzulänglichkeit nicht eingestehen will. Ein Mann hat die ganze Verschwörung entdeckt, Sie müßten mit ihm zusammenkommen. Die Polizei wird dies zu verhindern trachten. Verlangen Sie dennoch, ihn zu sehen, aber erwähnen Sie diesen Brief nicht. Führt man Ihnen den falschen Mann vor, so werde ich Ihnen wieder schreiben. Wenn Sie diesen Brief geheimhalten, so bin ich bereit, Ihnen auch fürderhin beizustehen, sprechen Sie jedoch mit niemandem darüber, so kann ich Ihnen nicht helfen.“

„Wenn er diesen Brief erhält“, meinte Nell, „wird er bestimmt handeln. Du mußt also wissen, wie du dich zu verhalten hast, davon hängt alles ab.“ Und Nell beehrte Peter, wie er sich zu benehmen habe, wenn er mit dem König von American City zusammentreffe. Peter bewunderte ihre Klugheit, lernte geduldig und gehorsam seine Lektion, versprach feierlich, alles zu tun, was sie ihm sage. Zum Lohn erstete er Käse und kehrte heim, um den Schlaf des Gerechten zu schlafen.

Am folgenden Morgen ging Peter an die Arbeit für Mc Givney, damit dieser sich nicht über ihn beklagen könne. Er suchte Miriam Jantowitsch auf, und Miriam reichte ihm beide Hände, bewillkommnete ihn so herzlich, daß Peter wußte, er habe sein Verbrechen gegen die kleine Jennie gesühnt. Peter war wieder einmal ein Märtyrer. Er erzählte vom „dritten Grad“, und sie berichtete, daß das Wasser des umgestürzten Walfisches durch die Decke gesickert und das Mittagessen eines armen Arbeiters verdorben habe.

Auch erfuhr er von ihr die Ansicht der Roten über den Vorfall. Andrews, der Advokat, hatte verlangt, die Gefangenen besuchen zu dürfen, doch war ihm dies verweigert worden, ebenso wurde keine Kautions angenommen. Am vorhergehenden Abend hatte bei Andrews eine Verklammerung stattgefunden, in der der Fall besprochen worden war. Alle J. W. Ws. behaupteten, das Ganze sei ein gemeines abgekartetes Spiel, die Zettel seien gefälscht, das Dynamit von der Polizei eingeschmuggelt. Das Ganze sei bloß ein Vorwand gewesen, um das Hauptquartier der J. W. Ws. zu schließen und etliche Sozialisten zu verhaften. Am ärgsten

war natürlich die Propaganda; die Schauerwären, die in allen Zeitungen zu lesen waren. Habe Peter die Morgenausgabe der „Times“ gesehen? Darin wurde der Rob aufgefördert, die Roten zu lynchen!

50.

Nachdem Peter Miriam verlassen hatte, begab er sich nach Zimmer 427. Nell glaubte, Nelsie Alderman werde keine Zeit verlieren, und richtig, Peter fand auf dem Tisch einen für ihn bestimmten Zettel: „Warten Sie auf mich, ich muß mit Ihnen sprechen.“

Peter wartete; nach einiger Zeit erschien Mc Givney und begann feierlich: „Peter Gudge, Sie wissen, daß ich Ihr Freund bin.“

„Freilich.“

„Ich habe immer zu Ihnen gehalten. Wäre ich nicht gewesen, Sie hätten heute noch im Loch, und man würde versuchen, Sie zu dem Geständnis zu zwingen, daß Sie die ganze Verschwörung erfanden haben. Das sollen Sie wissen, und Sie sollen auch wissen, daß ich zu Ihnen halten werde. Aber ich erwarte auch, daß Sie zu mir halten, ehrlich gegen mich sind.“

„Freilich“, erwiderte Peter. „Was gibt's?“ Mc Givney erklärte, der alte Nelsie Alderman bilde sich ein, daß die Polizei etwas vor ihm verheimliche. Natürlich sei er tödlich erschrocken. Des Nachts schlief er sich in einen Schrank ein, und wenn seine Frau im Automobil ausfährt, müsse sie die Vorhänge herablassen. Jetzt beharre er darauf, mit dem Mann zu reden, der die Verschwörung entdeckt hat. Mc Givney schenkte die Gefahr, Peter mit ihm jemand bekannt werden zu lassen, doch war Nelsie Alderman ein Mensch, dessen Wunsch Gesetz ist. Schließlich war er Peters Arbeitgeber, hatte viel Geld für den Geheimdienst gespendet, und weder Guffey noch die städtischen Autoritäten wagten es, ihm Sand in die Augen zu streuen.

„Das ist schon recht“, meinte Peter. „Es wird mir nicht schaden, ihn zu sehen.“

„Er wird Sie ausfragen“, sagte Mc Givney. „Er will alles wissen. Sie müssen uns also decken, erklären, wir hätten unser möglichstes getan. Müssen uns in ein gutes Licht rücken.“

Peter versprach, dies zu tun, doch war Mc Givney noch immer nicht zufrieden. Er schien furchtbar aufgeregt, hämmerte auf Peters Gehirn los, sprach von der Wichtigkeit der Solidarität, von Treue gegen die Gefährten. Es klang ganz, als ob die J. W. Ws. untereinander redeten.

(Fortsetzung folgt.)

Die hohen Gehälter der Angestellten der Reichsgetreidestelle. Die Gehälter der Angestellten der Reichsgetreidestelle müssen wirklich so hoch sein, daß man es garnicht begreifen kann, wie es dort noch Angestellte geben kann, die um Gehaltserhöhung schreien. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, sind von den Angestellten dieses Amtes annähernd 3500. — Man für einen Kranz zum Begräbnis der Frau von Hohenzollern gesammelt und zu diesem Zwecke auch verwendet worden. Durch einen moralischen Druck von oben her wurde diese Sammlung eingeleitet, und die meisten Angestellten haben 50. — Man und mehr je Person gezeichnet. Angestellte, die für derartige Gelegenheiten soviel Geld entbehren können, müssen ja geradezu für sich bezahlt werden und können dann allerdings auf eine Gehaltserhöhung zugunsten der wesentlich schlechter gestellten Kollegen in anderen Bureaus gern verzichten. Der republikanische Staat sollte es sich auch mehr als einmal gründlich überlegen, ehe er mit so gut gestellten Leuten über eine wirtschaftliche Aufbesserung verhandelt. Sollten sie wirklich in Not sein, dann wird vielleicht die tote Auguste im Himmel für sie beuten, und sie werden so zum lieben Gott alles Nötige erhalten.

Ein alter Parteigenosse ist in der Person des Genossen Albert Knapp aus der Grünthaler Straße gestorben. Knapp hat in den schwersten Zeiten der Sozialistenverfolgungen zur Partei gestanden und ist uns in allen Phasen treu geblieben. Im Vorjahre hatten ihn die Genossen im 18. Distrikt zum Bezirksverordneten gewählt, als der er jetzt an der Reihe war, in die Versammlung des 3. Bezirks einzutreten.

Die Genossen, die den alten Kämpen kannten, werden ihn in gutem Andenken behalten.

Während gestorben ist am Montagabend der Rektor der 283. Gemeindeschule, Herr Sporleder. In dieser Schule fand eine Sitzung der Elternbeiräte in Gegenwart des Herrn Rektors statt. Eine Beschwerde gegen einen Lehrer führte zu einer lebhaften Aussprache, wobei Herr Sporleder sich stark erregte. Inmitten dieser Aussprache wurde Herr Sporleder von einem Herzschlag getroffen und sank tot zusammen. Herr Sporleder war auf dem Gesundbrunnen lange Zeit als Rektor tätig und erfreute sich allgemeiner Beliebtheit.

Schutz gegen die Ruhr. Die warme Witterung fördert die Verbreitung der Ruhr, einer ausgesprochenen Schmutzkrankheit, die ausschließlich dadurch entsteht, daß Teile vom Stuhlgang Ruhrkranker in den Mund Gefunder gelangen. Durch unlaubere Hände, aber auch durch Fliegen, werden die Ruhrkeime auf Gegenstände des täglichen Gebrauchs und Nahrungsmittel, und schließlich auf den Menschen übertragen. Der wirksamste Schutz ist daher peinlichste Sauberkeit der Hände. Sehr zu empfehlen ist der Gebrauch guten Klopptapiers und der Schutz der Speiseröhre vor Fliegen. Unreifes Obst und verdorbene Nahrungsmittel verursachen an sich keine Ruhr, begünstigen jedoch ihr Entstehen, so daß beides am besten vermieden wird. Bei Auftreten verdächtiger Krankheitserscheinungen — Leibschmerzen und Durchfall schleimiger Art mit Blutbeimengung — ist sofort ein Arzt zu Rate zu ziehen. Die beste Pflege findet ein Ruhrkranker zweifellos im Krankenhaus.

Schwangerenberatung in Neudölln. Die in Neudölln bestehenden städtischen Frauenberatungsstellen sind nach den an amtlicher Stelle gemachten Erfahrungen so immer nicht in dem Umfange bekannt, wie dies im Interesse zahlreicher werdender Mütter wünschenswert ist. Auch ist vielfach die Beobachtung gemacht worden, daß die Besuche bei den Beratungsstellen meist zu spät erfolgen, so daß die erforderlichen Maßnahmen nicht mehr rechtzeitig durchgeführt werden können. In der städtischen Schwangerenberatungsstelle, Neudölln, Mariendorfer Weg 28-30 (Hebammenlehreanstalt) werden Sprechstunden, die mit den vormittags stattfindenden Polikliniksprechstunden nicht identisch sind, nur Donnerstags, von 5-8 Uhr, abgehalten. Neben ärztlichen Ratsschlägen werden auch Auskünfte in Beratungs- und Rechtsangelegenheiten der Mütter erteilt. — Die im Neudöllner Rathaus, 2 Treppen, Zimmer 296, eingerichtete allgemeine Frauenberatungsstelle ist werktäglich, außer Donnerstags, von 11-1 Uhr, geöffnet. Die Sprechstunden beider Beratungsstellen sind unentgeltlich.

Freibad Müggelsee. Die Eröffnung des Bades erfolgt bereits am 5. Mai (Himmelfahrtstag). Wochentags wird das Bad um 8 Uhr und Sonntags um 7 Uhr morgens geöffnet. Das Bad bleibt bis einschließlich 18. September an Sonn- und Wochentagen geöffnet. In diesem Jahre wurden verschiedene bauliche Verbesserungen vorgenommen. Auf dem Gebiete des Rettungswesens sind mit Unterstützung der Schwimmvereine „Bordavis“ und „Welle“ (M. d. A. W. B.), sowie des Freibadvereins Groß-Berlin, umfangreiche Maßnahmen zum Wohle der Allgemeinheit getroffen worden. Das Freibad Müggelsee wird auf gemeinnütziger Grundlage verwaltet. Wir können daher den Besuch des Bades nur bestens empfehlen.

Das rätselhafte Verschwinden einer 19jährigen Bankbeamtin aus Romawas beschäftigt die dortige Kriminalpolizei. Vor einiger Zeit lernte das Fräulein Ute Stamer, die sich eines guten Rufes erfreute, einen Herrn kennen, der sich ihr als Dr. Ingenieur Friß Bredow, Potsdam, Allee 10, mochnah, vorstellte. Das junge Mädchen machte diesen Herrn mit ihrer Mutter bekannt, und er bot für gestern um die Erlaubnis zu einem gemeinsamen Ausflug. Die Mutter begleitete das Paar bis zum Bahnhof. Als in später Abendstunde das Mädchen entgegen ihrer sonstigen Gepflogenheit nicht zurückgekehrt war, eilte die Mutter besorgt zur Polizei, und es konnte leider alsbald festgestellt werden, daß die Angaben sowohl über die Person als auch die Adresse falsch waren. Im Hinblick auf die jüngsten Überfälle im Granewald hält die Polizei eine Identität des vermissten Mannes für möglich. Der angebliche Dr. Bredow wird als 30- bis 35jähriger Mann beschrieben, mit Kneifer und einem Schnurrbart, nach englischer Art gestutzt.

Bootsunglück auf dem Zenthener See. Gestern trug sich in den Abendstunden auf dem Zenthener See unweit Rauchsangerwerder ein Bootsunglück zu, bei dem zwei Personen den Tod fanden. Vier Männer hatten von Schmödow aus eine Ruderpattie nach Rauchsangerwerder unternommen. Auf der Rückfahrt kenterte, nur etwa 200 Meter vom Ufer in der Nähe des neuen Waldhauses, das Boot. Während einer der Insassen sich an das umgeschlagene Boot anklammerte, bis ihm Hilfe wurde, und ein zweiter schwimmend das Ufer zu erreichen vermochte, ertranken die beiden übrigen Ruderer. Die Verunglückten sind der Gastwirt Bress aus Schmödow und der Betriebsleiter Georg Ritsche von der Grünau-Schmödowener Uferbahn.

Schwerer Unfall. Gestern nachmittag wurde eine Frau Frieda Jedow aus der Brüllerer Straße in der Müllerstraße von einem Kraftwagen überfahren und an beiden Unterschenkeln schwer verletzt.

Großfeuer kam am Dienstag nachmittag in der fünften Stunde in der Lauenburger Str. 28, am Lauenburger Platz in Steglitz, aus noch nicht ermittelter Ursache zum Ausbruch. Die Bewohner der oberen Geschosse wurden von Feuer überrollt und mußten flüchten. Von mehreren Motorpumpen und anderen wurde tüchtig längere Zeit gelöscht.

Aus der Parteipress.

Die letzten erschienenen Nr. 18 der unabhängigen sozialdemokratischen Wochenzeitschrift „Der Sozialist“ enthält folgende Beiträge: In den letzten Tagen von Rud. Breitscheid; Bolschewistische Bauernpolitik von R. Abramowitsch; Die Agrarrevolution in England von Gg. Engelbert Graf; Klein- oder Großbetrieb in der Landwirtschaft? von F. Petrich; Waffenzugung und Russifizierung von Richard Seidel; Die Umgestaltung des Fürsorgewesens von Irma Hiff; Bücherschau.

„Der Sozialist“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag Z. Breitscheid, Berlin W 15, zum Preise von vierteljährlich 15 M., Einzelnummer 1,50 M., zu beziehen.

Gewerkchaftliches

Roske'sche Demagogie

In Dresden ist eine Fabrikniederlage der Firma Feister A. G. Berlin-Oberschöneweide, die in Dresden R. M. Seifert u. Co. Akt.-Ges. firmiert, bei der leghin die Betriebswahlen stattfanden. Unter welchen eigenartigen Verhältnissen die zustande kamen, und welche schmierige Rolle die Fraktion Roske dabei spielte, erfahren wir aus einem Privatbericht, der sich mit den in unserem Dresdener Parteiorgan, der „Unabhängigen Volkszeitung“, veröffentlichten Ausführungen deckt. „Die dabei angewandten verwerflichen und demagogischen Mittel der Rechtssozialisten verdienen, in den weitesten Kreisen der Arbeiterschaft bekannt zu werden.“

Der Wahlvorstand hatte im Wahlausschreiben bekanntgemacht, daß die Wahl in der Zeit vom 26. März bis 31. März 1921 zu erfolgen habe. Die rechtssozialistischen Mitglieder des Betriebes haben daraufhin, offenbar aus Bangen um ihre Siege, eine Betriebsversammlung einberufen, in der sie einmal den festgesetzten Wahltermin abänderten und außerdem das Wahllokal in einem Restaurant festlegten. Letzteres entsprach ganz und gar nicht den bisher üblichen Gepflogenheiten bei den vorhergehenden Wahlen, die immer im Betrieb stattgefunden haben, und war um so verwerflicher, als die Arbeiterschaft schon seit langen Monaten nur drei Tage in der Woche arbeitet und die paar Pfennige Verdienst wahrhaftig notwendiger hat, als im Restaurant zu verbrauchen. Das Mandat war also durchsichtig genug, zumal dadurch auch noch ein ganz Teil auswärtiger Kollegen von der Wahl ferngehalten wurde.

Die Kollegen der Opposition stellten darauf ihre Vorschläge auf und traten damit an die Rechtssozialisten heran zwecks endgültiger Festlegung einer gemeinsamen Liste, gemäß den Richtlinien des A. D. G. B. und des Reichsarbeiterverbandes. Wie in früheren Jahren, sollten sowohl die Vertreter der Rechtssozialisten als auch diejenigen der Opposition alphabetisch geordnet werden, so daß dann bei der Wahl die Kollegen die nichtgewünschten Namen streichen konnten. Das lehnte man ab, so daß wir eine eigene Liste aufstellen mußten, und dokumentierte damit aber gleichzeitig, daß die Störenfriede innerhalb der Arbeiterschaft bei den Rechtssozialisten zu suchen sind.

Aber noch nicht genug. Man holte sich einen Verbandsbeamten, der den oppositionell gesinnten Kollegen den Kopf wuschen sollte. Zu der betreffenden Sitzung waren die Rechtssozialisten nicht erschienen, wohl aber hatte man den Vorsitz dem Rechtssozialisten Weinreich übertragen. Unsere Kollegen protestierten entschieden gegen ein solches Gebaren, und da man ihre Anwesenheiten hinsichtlich des Vorsitzes negierte, verließen sie den Saal, so daß die Sitzung nicht stattfand.

Die Wahlpropaganda selbst wurde leitens der Rechte mit den schäbigsten Mitteln geführt, indem sie die Kollegenhaft mit den üblichen, latissim bekannten Mitteln vor der Opposition gruselig zu machen suchten. So verteilte man u. a. Zettel mit der Aufschrift:

„Wählt Liste I.“

Wer Liste II wählt, ist für Stilllegung des Betriebes.“ So sehr sich die Herrschaften Mühe gaben, die Opposition in den Schmutz zu ziehen, so wenig fanden sie mit ihren demagogischen Mitteln Anklang bei der Kollegenchaft. Wir konnten trotzdem mit drei Vertretern (Liste I — vier Vertreter) in den Betriebsrat einziehen. Und das Resultat wäre für uns noch günstiger geworden, wenn nicht ein ganzer Teil Kollegen durch Krankheit und infolge der oben gekennzeichneten rechtssozialistischen Machenschaften der Wahl fernblieben müßten.“

Der Frechheit die Krone aufgesetzt wurde aber durch ein Schreiben, das daraufhin von der Verwaltungsstelle des A. D. G. B. bei der Opposition einging, und das zurückzuführen ist auf die Treiberseite leitens der Rechtssozialisten im Betriebe. In dem Schreiben wird von der Einleitung eines Schiedsgerichtsverfahrens gegen einen Genossen Mitteilung gemacht, weil er — entgegen den Richtlinien des A. D. G. B. gehandelt habe! — Der Antragsteller war zudem ein entragierter Richter, der aus reinen egoistischen Motiven sich leitens ließ. Das Schiedsgericht lehnte aber vernünftigerweise alle Anträge ab.

Unser Dresdener Bruderorgan schreibt zum Schluß: „Es wird der Arbeiterschaft ein leichtes sein, zu erkennen, wo die wirklichen Kämpfer und Störenfriede zu suchen sind. Nicht in den Reihen der Opposition, sondern gerade die Rechte sind es, die in ihrer Engherzigkeit und Verblendung die Befehle des Verbandes sabotieren, und damit zum Schaden nicht nur der Organisation, sondern der gesamten Arbeiterschaft gereichen. Kollegen, erkennt dieses demagogische und leichtfertige Spiel und rückt ab von diesen Leuten.“

Wir haben dem nichts hinzuzufügen und möchten nur bemerken, daß die Fraktion Roske, Heine, Lensch und Genossen mit den Jüngern Roskaus sich verbrüdernd können; denn sie sind einander würdig. —

„Hohe Löhne“ und Konkurrenzfähigkeit

Wie es mit der deutschen Konkurrenzfähigkeit in Wahrheit aussieht, erfahren wir aus einer Beschreibung einer Sommerreise in Argentinien, die im „B. T.“ vom 21. April erschien.

In Deutschland nehmen die Arbeiterentlohnungen kein Ende. An allem Unglück sollen nach den Unternehmerlügen die „hohen Arbeitslöhne“ schuld sein. Der Export sei besonders durch den Arbeitskündentag brachgelegt. Alles blanke Schwindel. Auf im rechten Augenblick ersäht man nun, daß Krupp kürzlich in Argentinien einen größeren Auftrag erhalten hat, weil er im öffentlichen Preisausschreiben die Nordamerikaner ziemlich beträchtlich — die Engländer um die Hälfte unterbot. Es handelt sich um Lieferung von Eisenbahnmaterial. Wir sind nun auf den nächsten Abbauvertrag gespannt. Die feilsche Unternehmerpresse wird den großen Leistungsfähigkeit damit begründen, daß Krupp in Argentinien große Bäume besitzt, an denen Eisenbahnräder wachsen, die er durch argentinische Indianer zu billigen Preisen abschütteln läßt!

Gewerkchaftliches aus der Landwirtschaft

Eine Reichskonferenz der Forstarbeiter findet laut Beschluß des Verbandsvorstandes des freigewerkchaftlichen Deutschen Landarbeiternverbandes am 1. und 2. Pfingstfesttag in Jena statt. Die Konferenz wird sich u. a. mit drei Fragen beschäftigen. Ueber die Betriebsräte und ihre Bedeutung in der Forstwirtschaft wird Boeden aus Hildesheim referieren, die Entwicklung und tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der deutschen Forstarbeiter bespricht Keithisch aus München und über den deutschen Wald als Gemeingut des Volkes und seine Bewirtschaftung durch den Staat wird Wilhelm Bernier, Berlin, sich auslassen.

Das offizielle Organ „Der Landarbeiter“ beschäftigt sich in seiner Nummer 8 mit den Verhältnissen der Schweizer. Wir erfahren aus dem Aufsatz, daß die Schweizer gewerkchaftlich in verschiedenen Organisationen organisiert sind. Es gibt einen Internationalen Stallschweizer-Verband, einen Blauerer Bund und einen Allgemeinen Schweizerbund in Leipzig, der dem A. D. G. B. angeschlossen ist. Es wird in Frage gestellt, „ob es in Zukunft dem Leipziger Bund gelingt, vermöge eigener Kraft die Interessen der Schweizer dauernd zu vertreten. Dies wird ihm in Zukunft nicht möglich sein. Wo alles heute zur strengen Zentralisation aller Kräfte drängt, sind Zwergorganisationen zur Ohnmacht verurteilt und haben keine Existenzberechtigung.“

Wir schließen uns diesen Ausführungen an und bemerken, daß die Grundzüge, die bei den Gewerkchaften in der Industrie Geltung haben, auch in der Landwirtschaft angewendet werden

müssen. Wir hoffen, daß es über kurz oder lang auch in der Landwirtschaft zu einer starken freigewerkchaftlichen Einheitsorganisation kommt.

Gegen die Hotelschließungen

Seit 1914 sind eine große Anzahl von Hotelgroßbetrieben dem öffentlichen Verkehr entzogen worden. In den letzten Wochen „Grand-Hotel Alexanderplatz“, „Elite-Hotel“ und am 1. Mai 1921 wird das „Savoy-Hotel“ geschlossen, das wiederum zu Bureauzwecken Verwendung finden soll. Hierdurch wird das gesamte Wirtschaftsleben Groß-Berlins in ganz erheblichem Maße geschädigt. Nicht nur das Heer der Arbeitslosen im Hotelgewerbe wird ganz enorm gesteigert, auch Handel und andere Gewerbe werden hierbei stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Bevölkerung sowie die Stadtverwaltung haben ein großes Interesse daran, daß der Fremdenverkehr Groß-Berlins nicht nur erhalten, sondern möglichst noch erhöht wird. Es ist Pflicht aller beteiligten Kreise, gegen diese Schädigung der Allgemeinheit einzusetzen und zu protestieren.

Zu diesem Zweck findet am Freitag, den 29. April 1921, nachmittags 3 Uhr, eine öffentliche Protestversammlung im Lehrervereinshaus, Alexanderplatz, katal. Zentralverband der Hotels, Restaurant- und Café-Angestellten.

U. S. P. D. -Maler und -Lackierer

Heute, Mittwoch, abends 7 Uhr, Versammlung aller Anhänger der U. S. P. D. im Gewerkschaftshaus, Saal 10. Tagesordnung: Stellungnahme zum Verbandstag und Bericht der Statutenberatungskommission.

Zur Wahl bei den Buchbindern

Die am Sonnabend, den 23. April 1921 stattgefundenen Urwahlen für die Angestellten der Buchhändler Berlin hatte folgendes Ergebnis:

Zusgesamt wurden 7524 Stimmzettel abgegeben. Gewählt sind: Peter Kaspar, Paul Rother als Bevollmächtigte, Franz Bytomski als erster Kassierer, Emil Wöllner als zweiter Kassierer, Josef Czerny als Branchenleiter der Buchbinderei, Emil Priemer als Angehöriger der Kartonierbranche, Paul Lüdike als Angehöriger der Luxuspapierbranche, Will Klabunde als Sekretär der Buchbinderei, Robert Becker, Georg Schaarschmidt, Richard Töpfer als Verwaltungsbeamte, Otto Beitzels, Lokalangestellter und Helmut Renzel als weibliche Hilfskraft. Die Wahlkommission.

Charlottenburger Gewerkschafts-Kommission. Am Freitag, den 29. April 1921, abends 7 Uhr, findet im Lokale der Wm. Arndt, Kanitzstr. 51, neben der Post, eine Sitzung, zu der auch die Oberseite der Betriebsräte hiermit eingeladen werden, mit folgender Tagesordnung: 1. Das kommende Arbeitsnachweisgesetz. Referent: Genosse K. I. O. Berlin. 2. Die diesjährige Kaiserfeier 3. Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Die Adressen der neu gewählten resp. wiedergewählten Betriebsräte der Charlottenburger Betriebe bitten wir, auch an den Obmann, Genossen Otto Flemming, Pestalozzistr. 13, baldigst einzusenden. Der Ausschuss.

Angestellten-Verband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsverwes. Freitag, den 29. d. M., findet in den Prachsälen des Berlin, Blumenstr. 10, abends 7 Uhr, die Fortsetzung der Hauptversammlung statt, auf der auch die Wahl der Delegierten zur Gauversammlung vorgenommen wird.

Klärung in der Kriegsbeschädigtenbewegung

Aus den Kreisen des Internationalen Bundes der Kriegsopfert wird uns geschrieben:

Am 16. und 17. April fand in Weimar eine Konferenz aller Reichsorganisationen der Kriegsbeschädigten statt, um über eine eventuelle Verschmelzung zu beraten. Diese Verhandlungen haben außerordentlich zur Klärung innerhalb der Kriegsbeschädigtenbewegung beigetragen. Vertreten waren der Zentralverband, der Einheits-Verband, der Hamburger Bund, der Reichsbund und der Internationale Bund der Kriegsopfert. Die Verschmelzung so verschiedenartig eingestellter Organisationen von der äußersten Rechten bis zur Linken ist selbstverständlich eine glatte Utopie. Das zeigte sich bereits am ersten Tage der Verhandlungen, an dem der Zentral-Verband erklärte, daß er — auf dem Boden des Deutschtums stehend — mit dem sozialdemokratischen Reichsbund und dem Internationalen Bund keine Verschmelzung machen könne. Nach ziemlich heftiger Debatte verließen die Delegierten des Zentral-Verbandes die Sitzung.

Vom Internationalen Bund wurde nachstehende Resolution als Grundlage für den Zusammenschluß in Vorschlag gebracht:

Die Organisation ist parteipolitisch und religiös neutral d. h., sie ist keiner Partei angeschlossen oder dienstbar; sie fragt weder nach dem politischen, noch nach dem religiösen Glaubensbekenntnis ihrer Mitglieder und Funktionäre.

Das Kriegsofeprobem ist ein Teilproblem der sozialen Frage unserer Zeit. Daher kann sich die Kriegsofeporganisation nicht von den politischen, geistigen und wirtschaftlichen Strömungen unserer Tage isolieren. Sie erstrebt die innige Gemeinschaft mit den großen wirtschaftlichen und politischen Bewegungen, die im Klassenkampf um ihren wirtschaftlichen und geistigen Aufstieg ringen und ist gewillt, sich an diesem Kampf zu beteiligen.

Nach halbstündiger Beratung und Einzelberatung der Organisationen erklärten Reichsbund, Hamburger Bund und Einheitsverband, daß sie die vom Genossen Tiedt formulierten Erklärung des Internationalen Bundes als Grundlage für den Zusammenschluß ablehnen. Alle drei Organisationen waren sich einig in der Verneinung des Klassenkampfes. Das sprach am deutlichsten der Reichsbund aus, der in seiner Gegenerklärung sagte, das Kriegsofeprobem sei kein Teilproblem der sozialen Frage und die Kriegsofep kein Teil der proletarischen Klasse, so daß die Kriegsofep keinen Klassenkampf führen dürfen. Die Forderung des Internationalen Bundes, die Mitglieder der Organisationen über die Streitfrage entscheiden zu lassen, wurde von allen drei Organisationen abgelehnt.

Daraufhin gab Genosse Tiedt vom Internationalen Bund die Erklärung ab, daß seitens seiner Organisation mit aller Kraft die Schaffung der großen Einheitsorganisation der Kriegsofep angestrebt würde, die selbstverständlich keiner Partei angeschlossen oder dienstbar sein dürfe; doch müsse in dem Programm klipp und klar zum Ausdruck kommen, in welchem Geiste sie ihre Arbeit aufnehmen wolle. Bedingung wäre, die Teilnahme an Klassenkämpfen des Proletariats, da nur auf diesem Wege den Kriegsofepern geholfen werden könne. Die Teilnahme an der Gründung einer dem internationalen oder gelben Organisation müsse der Internationale Bund ablehnen. Hieraus verließen die Delegierten des Internationalen Bundes die Tagung.

Nach der Demaskierung der Verbände ist es nun Sache der Kriegsofep, selbst in ihren Organisationen darüber zu diskutieren, ob der Kampf der Kriegsofep auf dem Wege des Klassenkampfes oder der Ueberbrückung der Gegensätze, der Arbeitsofepgemeinschaft mit der bestehenden Klasse gelöst werden soll. Die Wahlen können nicht allzu schwer fallen, denn die bisherigen Ergebnisse zeigen mit absoluter Klarheit, daß die heutigen Machthaber weder gewillt noch befähigt sind, das Problem der Kriegsofep zu lösen und ihnen die erforderliche Hilfe zu bringen.

Ein neuer Spizelprozeß

Das Dynamit-Attentat auf das Elektrizitätswerk Unterspree

Spizel überall — Spitz soll der spiritus rector sein

Vor dem Ausnahmegericht des Landgerichts III begann gestern gegen den Kaufmann Max Wingerling, Kaiser Friedrich Schwalbe, Former Ernst Heher, Kutscher Hermann Herzberg, Arbeiter Hans Biestorsch und Kaufmann Kurt von Felden die Verhandlung wegen des Dynamitanschlags auf das Elektrizitätswerk Unterspree. Die Anklage wird von Staatsanwaltschaftsrat Steiner vertreten. Verteidiger der Angeklagten sind Justizrat Dr. Broth, Justizrat Fränkl und Rechtsanwalt Genosse Dr. Weinberg. Die Verhandlungen werden von Landgerichtsdirektor Dr. Ernst geführt. Außer zehn Zeugen sind der Sprengstoffachverständige Dr. Fischer und der ärztliche Sachverständige Dr. Bräuning zur Verhandlung geladen.

Mit Ausnahme des Angeklagten von Felden erhebt der Staatsanwalt gegen die Angeklagten nicht nur Anklage wegen Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz, sondern auch wegen Hochverrats. Die Angeklagten gehören, so führte der Staatsanwalt aus, einer kommunistischen Partei an. Sie eröffneten hier in Berlin eine Entlastungsoffensive, die von der Zentralkasse ihrer Partei angeordnet worden ist. Beabsichtigt war, die Sicherheitspolizei in Berlin festzuhalten, die Arbeiter auf die Straße zu treiben und einen Generalkrieg zu inszenieren. Anführer der Tat sei der Angeklagte Wingerling, der sich auch noch des Widerstandes gegen die Staatsgewalt schuldig gemacht habe.

Anklagen des verstorbenen Kommunistenführers Spitz

Seien die Verbrechen begangen worden, es werde sich aus der Beweisaufnahme ergeben, daß Spitz allen Grund gehabt habe, einen Fluchtversuch im Polizeipräsidium zu unternehmen.

Genosse Dr. Weinberg protestiert gegen die Ausführung des Staatsanwalts, der sein Plädoyer an den Anfang der Verhandlung gestellt habe. Spitz habe ihm auf dem Sterbebett ausdrücklich erklärt, daß er in keiner Weise mit diesen Dingen in Zusammenhang gebracht werden könne. Es handle sich um nichts anderes, als um eine Spizelmache.

Bernehmung der Angeklagten.

Der Angeklagte Wingerling, der von der Anklage als der Anführer bei dem Attentat auf das Kraftwerk Unterspree bezeichnet wird, bestritt jede Beteiligung an der Tat, ist außerordentlich von sich selbst eingenommen und will sich durch nichts-liegende Tiraden mit Gewalt interessant machen. Der Angeklagte Schwalbe, der vor der Hauptverhandlung bei verschiedenen Bernehmungen ein offenes Geständnis abgelegt hatte, erklärte, daß er bei seinen Aussagen mit der Polizei nur nach und nach hätte spielen wollen. Der Angeklagte Heher gibt an, daß er seine früheren ausführlichen Aussagen von der Polizei in den Mund gelegt bekommen habe. Er bleibt auch dabei, als der Vorstehende ihm vorhält, daß er ihm gegenüber doch ebenfalls diese Aussagen gemacht habe. Sehr ausführliche Aussagen hat in der Vorbernehmung der Angeklagte Herzberg gemacht. Bei einer Besprechung in einem Lokal in der Bergmannstraße, an der Spitz und Wingerling teilgenommen hätten, habe Spitz darauf hingewiesen, daß zur Entlastung der Aktion in Mittel-

deutschland Golpa und andere Betriebe stillgelegt werden müßten. Zur Zerstörung des Werkes gehörte jedoch Dynamit, und Wingerling wurde beauftragt, dieses Dynamit zu beschaffen. Durch Vermittlung eines Genossen der B. R. P. D. habe er den Sprengstoff und die Eierhandgranaten besorgt, und zwar von der militärischen Zentralkasse der B. R. P. D.

Wenn das Attentat auf das Elektrizitätswerk mißglückte, dann sollten in Siemensstadt die Schienen gesprengt werden, um die dortigen Arbeiter von den Betrieben fernzuhalten. Herzberg hat in der Voruntersuchung weiter ausgelegt, daß er an dem Attentat nicht beteiligt gewesen sei, da er derartige Gewalttakte ablehne. In der gestrigen Verhandlung wiederholte Herzberg seine sämtlichen Aussagen. Die Angeklagten Biestorsch und von Felden bestritten jede Beteiligung an dem Attentat auf das Elektrizitätswerk.

Nach Eintritt in die

Beweisaufnahme

gibt der Gefängnisarzt Dr. Bürger an, daß es sich bei dem Angeklagten von Felden um einen nicht vollwertigen, leicht beeinflussbaren Menschen handelte. Der Sprengstoffachverständige Oberfeuerwerker Kunge bezeugt, daß die nicht zur Explosion gelangte Sprengbombe aus Schwarzschießpulver, Gewehrschloßpulver und Vitrioläure bestanden habe. Durch vier Sprengkapseln und eine Zündschnur sollte diese Sprengstoffmischung zur Entladung gebracht werden. Bei der Sprengladung befanden sich außerdem zwei mit Zündern versehene, scharfe Eierhandgranaten. Der Betriebsingenieur Grohe und der Sprengstoffachverständige Dr. Schmidt stellen fest, daß wenn die Sprengstoffmenge explodiert wäre, die von den Attentätern erhoffte Wirkung eingetreten wäre.

Spizel überall!

Der Zeuge Kriminalkommissar Scherler sagt aus, daß auf die Angeklagten bei den Bernehmungen in seiner Beziehung irgendwelcher Druck ausgeübt worden sei. Ganz besonders Herzberg habe seine detaillierten Aussagen ruhig erzählt. Ueber den Anschlag und die Täter sei die Polizei, wie üblich, durch

„Mitteilungen aus dem Publikum“

orientiert worden. Die Protokolle der Angeklagten enthielten aber nur ihre eigenen Aussagen. Daß J. B. Spitz mit dem Attentat in Verbindung stehe, hätten die Angeklagten ausgelegt. — Justizrat Fränkl: Befanden sich unter den „Leuten aus dem Publikum“ ein gewisser Neumann und Symowski? — Zeuge: Darüber verweigere ich die Aussage. — In etwa einständigem Verhör verweigert dieser Zeuge die Beantwortung aller Fragen seitens der Verteidigung, die sich auf die Gewährsleute, lies Spizel, beziehen. Festgestellt wurde, daß die beiden Gewährsleute Neumann und Symowski, obwohl sie an den Vorbereitungen des Attentats beteiligt waren, nach Verhaftung von der Polizei wieder freigelassen worden sind. Die Verteidigung beantragt nach der Bernehmung des Kriminalkommissars Scherler die Feststellung verschiedener Zeugen, u. a. des Regierungsrats Mosle von der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums. Das Gericht beschließt, von einer Feststellung dieser Zeugen Abstand zu nehmen.

Nach Bernehmung zweier Kriminalwachmeister, die darüber vernommen wurden, ob sich Wingerling im Polizeipräsidium des Widerstandes gegen die Staatsgewalt schuldig gemacht habe, wurde die Verhandlung auf heute vertagt.

Sturm auf gegen die Ernährungswirtschaft

Ein leichter Sieg

Der deutschnationale Pfarrer Koch eröffnete gestern den Reigen der Redner in der Stadtverordnetenversammlung mit einer Flut von heftigen Angriffen. Sie blieben aber ziemlich eindrucklos, weil jeder ernsthaftige Politiker wußte, daß sie zum größten Teil längst widerlegte Märchen sind. Das hielt aber die übrigen Redner der bürgerlichen Fraktionen nicht ab, in die gleiche Kerbe zu hauen. Und selbst der demokratische Redner, der Herrn Koch wegen der habnubischen Unwahrheiten derb abschüttelte, ließ es nicht an unbedeutenden Ausfällen gegen die städtischen Ernährungsbehörden durch Wiedergabe der Anschuldigungen von Interessenten fehlen.

Der Zweck dieses Vorgehens war klar. Und es hätte nicht erst des Eingreifens der Tribüne bedurft, auf der diesmal auffälligerweise die Milchhändler sich durch Zwischenrufe bemerkbar machten, um zu zeigen, daß diese Kreise die Zeit für gekommen erachteten, um die Fesseln, die ihrem Streben nach größerem Profit im Wege stehen, abzustreifen.

In einer sachlichen und eindrucksvollen Rede, bei der die Schreier auf der Rechten mausestills dasahen, antwortete Stadtrat Wuhly, der jetzige Lebensmitteldirektor. Es blieb nicht viel von den Angriffen übrig, so daß der volksparteiliche Redner v. Eynem mit einem leisen Bedauern feststellte, daß die Ueberreibungen der Deutschnationalen Herrn Wuhly den Sieg sehr leicht gemacht hätten. Im übrigen versuchte er in mehr akademischen Ausführungen den Nachweis für die Ueberlegenheit der freien Wirtschaft zu führen.

Ihm antwortete Genosse Herz. Er stellte zunächst die agitatorischen Motive der Antragsteller fest, die keine Rücksicht auf die kostbare Zeit der Stadtverordnetenversammlung genommen haben, und unterzog sodann die Darlegungen der bürgerlichen Redner einer scharfen, aber sachlichen Kritik. Sie alle, die die freie Wirtschaft wollen, stellen sich blind gegen die unsozialen Folgen der unausbeleblichen Preissteigerung, sobald die freie Wirtschaft festlos waltet. Dieser Zustand sei unmöglich, und die Unabhängige Sozialdemokratie stehe deshalb nach wie vor auf dem Standpunkt, daß lebenswichtige Nahrungsmittel, wie Milch, nicht der privaten Ausbeutungsmöglichkeit überlassen bleiben dürfen. Die Anträge wurden schließlich einem Ausschuss überwiesen.

Sitzungsbericht

Die gestrige Sitzung war fast ausschließlich der Erledigung der schon lange auf der Tagesordnung stehenden Anträge aus der Mitte der Versammlung gewidmet.

Zunächst wurde der Abänderungsantrag der Stadtv. Heimann und Gen. zu dem Antrage der Stadtv. Gabel und Gen. betr. die Kündigung des Betriebsrats Spitz einem Ausschuss überwiesen.

Es folgte der Antrag der Stadtv. Koch, Dr. Steiniger und Gen. (Dnat.) betr. Prüfung der gesamten Geschäftsführung des Lebensmittelverbandes Groß-Berlin, der mit anderen Anträgen über Milch und Haser verbunden wurde.

Stadtv. Koch (Dn.), der den Antrag in längerer Rede begründet, bezweifelt die Richtigkeit der seinerzeit vom Oberbürgermeister Wermuth gegebenen Erklärung, daß die in der Lebensmittellieferung entstandenen Gesamtverluste bei einem Gesamtumsatz von 4 Milliarden Mark nur 12 Millionen betragen haben. Redner verweist des längeren bei angeblichen Schließungen, die in den verschiedenen städtischen Werken vorgenommen seien. Durch die ganz falschen Maßnahmen der Versorgungsstellen seien Verluste von hunderten von Millionen ent-

standen. Es werde daher beantragt, eine Treuhandgesellschaft zuzugreifen, um die ganze Geschäftsführung des Lebensmittelverbandes gründlich zu prüfen. Das Ergebnis werde den Herren von links höchst unerwünscht sein. (Widerpruch links.) Es werde gezeigt, daß der ganze Sozialismus eine Utopie ist. (Lachen links.)

Stadtv. Müller-Franck (B. G.): Die größten Schäden der Zwangswirtschaft liegen auf dem Gebiete der Milchwirtschaft, wo der höchste Bürokratismus wahre Orgien gefeiert und durch schändliche Einrichtungen alle Verbraucher geschädigt habe.

Stadtv. Mertens (Dem.) tritt den Ausführungen des Stadtv. Koch, dessen Antrag im übrigen seine Freunde beitreten, bezüglich der von ihm am Schlusse angeführten Daten unter Nennung bestimmter Firmen entgegen. Bezüglich der Firma Simon Böhn müsse dieser Widerpruch besonders nachdrücklich sein, denn diese alte, hochangesehene Firma sei ohne Grund verdächtigt und angegriffen. Was Herr Koch in dieser Beziehung gesagt habe, sei völlig hinfällig. Die Firma Böhn habe von altersher in hohem Ansehen in der ganzen kaufmännischen Welt; sie stehe seit langen Jahren in guten und laubendsten Verhältnissen zur Stadt Berlin; der verstorbenen Simon Böhn habe große humanitäre Stiftungen gemacht, und die Firma verdiene nicht, daß man sie verunglimpfe.

R. A. Dr. Raushold (Dnat.) verlangt die sofortige Aufhebung der Feststelle des Milchhandels. Jetzt werden wieder 370 000 Mark angefordert für Beschaffung von Milchkanen. Er frage, wozu das sei, denn jedermann wisse doch, daß es mit der Milchwirtschaft zu Ende gehe.

Stadtrat Gallas erwidert dem Vorredner, daß die Stadt wiederholt Anregungen gegeben habe, die Höchstpreise für Haser bzw. die Zwangswirtschaft aufzuheben. Die Anträge habe die Regierung abgelehnt. Es finde demnach eine Besprechung mit der Regierung statt. Vorläufig sei es gelungen, für den Monat Mai Haser zu erhalten.

Stadtrat Wuhly: Diese Kritik von der rechten Seite, der eine gewisse Absicht zugrunde liegt, hätte früher einsehen müssen und sich gegen diejenigen richten, die die Schuld tragen, nicht gegen die jetzige Stadtverwaltung. Auf der rechten Seite liege so mancher, der wisse, wie die Dinge kamen und kommen müßten. Der Antrag Koch sei eigentlich überholt, denn auf Betreiben der Direktoren des Lebensmittelverbandes sei bereits beschlossen worden, eine Nachprüfung der Geschäfte des Lebensmittelverbandes durchzuführen. Die Oberrechnungskammer werde die berufene Stelle sein. Der Magistrat läßt der Prüfung mit größter Ruhe entgegen und erlaube ein objektives Urteil, das endlich der demagogischen Ausschaltung ein Ende mache. Damals zwang die gewissenhafte Prüfung vorzulegen, daß unser Volk bis zur neuen Ernte 1920 durchgebracht werde. Dabei konnte auch für die Stadt nicht in Frage kommen, ob die Stadt Geld zulehne, es galt einzudecken. Auch die Parteifreunde des Herrn Koch waren damals derselben Meinung. Es sei kein Wort wahr, daß der Anlauf von Hüllenschäden einem Konzern übertragen worden sei, ebensowenig sei ein Wort daran wahr, daß der Verkauf einem Konzern übertragen worden sei, und daß es nur Firmen wie Abrahamsohn, Cohn und ähnlichen Namens gewesen seien. In Wahrheit seien 78 Berliner Firmen beteiligt worden. (Hört! hört! links.) Das Verantwortungsgefühl werde verhindern, daß die Milchversorgung einer Großstadt wieder auf der Basis des alten freien Milchhandels sich abspielen werde. (Ruf v. d. Tribüne. Rufe links zu den Milchhändlern oben: Ihr Milchhändler!) Daß das Milchamt einer Reorganisation unterworfen werden muß, ist zuzufügen, aber eine solche Institution aus der Kriegszeit, die durch jahrelange Arbeit aufgebaut ist, kann nicht im Handumdrehen beseitigt werden. Die von dem Vorredner betonte atroke Erregung gegen die Emulsionen sei nicht gerechtfertigt. Es handle sich um einen von sachverständiger Seite beschrifteten und im Lebensmittelgeschäft, in der Ernährungsverwaltung und im Magistrat eingehend besprochenen Versuch, der ohne weiteres aufgegeben wird, wenn es sich herausstellt, daß die Sache nichts

für uns ist. Für die Stadt ergebe sich daraus keinerlei finanzieller Schaden. (Lebhafter Beifall links.) St. B. v. Eynem (D. Sp.): Mit den Angriffen gegen den Magistrat hätten die ersten Redner doch etwas vorsichtiger vorgehen sollen, denn sie haben dem Stadtrat zu einem billigen Siege in seiner Erwiderung verholfen. Die Entwicklung hat gezeigt, daß die Zwangswirtschaft, die bei der Ueberwindung der Grenzen zweifellos notwendig war, dem System der freien Wirtschaft weit unterlegen ist. Die Entwicklung drängt zur Freigabe. Die Frage der Kommunalisierung der Milch sei noch lange nicht spruchreif. Man sollte sich bemühen, ein einigendes Band zu knüpfen zwischen Produzenten, Händlern und Konsumenten.

Stadtv. Dr. Herz (Unabh.) schließt sich den Gründen von Stadtrat Wuhly an und hätte im Interesse der Förderung der Geschäfte dieses Hauses gern gesehen, wenn die Ausprüche weniger breit sich entwickelt hätten. Die Ausführungen der Parteiredner scheinen ihm nicht allein von sachlichen Gründen geleitet worden zu sein. Redner ist durchaus Anhänger der Kommunalisierung, die die öffentlichen Interessen berückichtigende und den privaten Gewinn ausschaltete. Manche Mißstände in der Lebensmittelversorgung der Städte seien zurückzuführen auf Eingriffe des Reiches. Die Freigabe der Milchversorgung habe, wie vorausgesehen war, zu einer Erschütterung der Milchwirtschaft geführt. Die Freigabe der Milch- und Getreidewirtschaft würde zu katastrophalen Verhältnissen führen. So sehr man vom finanziellen Standpunkt wünschen möchte, der Stadt diese schwere Belastung zu nehmen, so zwinge die soziale Verpflichtung und wirtschaftliche Notwendigkeit die öffentliche Verwaltung auf diesem Gebiete noch auf Monate, vielleicht Jahre, fortzuführen. Die ganze Debatte ist lediglich ein Versuch, die Kommunalisierung zu diskreditieren, sie wird aber keinen Eindruck hinterlassen, weil wir uns sehr wohl der Verantwortung bewußt sind, die zur Durchführung solcher Pläne gehört. Wir lassen uns auch nicht irgendwelche Mängel an den Schöf hängen, die von ganz anderen politischen Verhältnissen ausgehen. Wir stimmen deshalb dem Antrag Koch auf Nachprüfung der Lebensmittelbewirtschaftung der Stadt Berlin zu, halten es aber für unzumänglich, diese durch die Treuhandgesellschaft vornehmen zu lassen, sondern verlangen Ueberweisung an einen Ausschuss. Dem Antrage der Demokraten treten wir in seinem ersten Teil bei, dem zweiten Teil versagen wir die Zustimmung, weil wir uns nicht festlegen können, zumal ja Stadtrat Wuhly erklärt hat, daß in den nächsten Wochen eine Vorlage erscheint, die eine Reorganisation der Milchversorgung vorseht. (Lebhafter Beifall links.)

Die weitere Aussprache über diesen ersten Gegenstand der Tagesordnung zog sich bis über die zehnte Abendstunde hinaus. Die übrigen 18 Punkte der Tagesordnung mußten daher auf später zurückgestellt werden.

Das Wohnungselend in Europa

Nicht nur in dem am Kriege direkt beteiligten Ländern herrscht die Wohnungsnot, sondern in kaum geringerem Maße auch in jenen Staaten, die abseits standen. Wir finden sie in Deutschland und Oesterreich, England und Frankreich, aber auch in der Schweiz und in Holland, kurz, die Wohnungsnot ist eine internationale Erscheinung. Verlorenes Material über die Ursachen, die dazu führten, enthält eine vom Schweizer Verband zur Förderung des Wohnungsbaues herausgegebene Broschüre, die den Dozenten der Züricher Universität Dr. M. Sailer zum Verfasser hat. Nach seinen Ermittlungen stellt sich der Höchstbetrag an Wohnungen bei 1920 in den drei von ihm berücksichtigten Ländern Deutschland, England und der Schweiz wie folgt:

Deutschland	300 000 Wohnungen
England und Schottland	400 000
Schweiz etwa	12 000

Damit nicht genug, wird der Höchstbetrag noch erhöht durch den lausenden Bedarf, der sich aus der Bevölkerungsbewegung, wie Eheschließungen und Familienzuwachs, ergibt. Er beträgt nach dem Stande von 1920 in:

Deutschland	200 000 Wohnungen
England und Schottland	100 000
Schweiz etwa	6 000

Aun hat man in England wenigstens energische Schritte getan, um der Wohnungsnot zu wehren, aber was in Deutschland bisher seitens des Staates und der Kommunen geschehen ist, ist nicht viel mehr als ein Tropfen auf einen heißen Stein, so daß bei uns das Wohnungselend von Woche zu Woche größer wird. Die Ursache für diese Zustände erblickt Dr. Sailer in der Verteuerung der Baukosten, die nach neuen Errechnungen in Deutschland auf 100 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit sich stellt, in England und Schottland auf 150 Prozent und in der Schweiz auf 275 Prozent.

Unzulänglich sind die Mittel, die Dr. Sailer zur Behebung der Wohnungsnot ansührt. Er beschränkt sich darauf, eine Mietausgleichsabgabe, die die Kapitalzuschüsse für die neu zu erbauenden Häuser verzinst und eine Wertzuwachssteuer zu fordern. Die einzige Rettung besteht aber in der von uns erhobenen Forderung: Sozialisierung des Bauwesens.

Wie lange noch?

Ein Appell an die kommunistischen Arbeiter

Unser Elberfelder Parteiblatt, die „Volkstribüne“, veröffentlicht die Zeitschrift eines Barmer Arbeiters, der bis zu den letzten Tagen der B. R. P. D. angehörte und in dieser Partei einen Funktionärsposten bekleidete. Wir geben diese Zeitschrift wieder, weil sie, weit über den Kreis der Arbeiterklasse Elberfeld-Barmens hinaus, für die Stimmung der proletarischen Massen des ganzen Reiches charakteristisch ist. Es heißt in dem Schreiben:

„Auch ich gehörte zu denen, die bisher glaubten, die Arbeiterklasse werde mit Hilfe der B. R. P. D. von ihren Ketten befreit. Jedes Opfer habe ich gebracht, zunächst in der U. S. P. D., dann in der B. R. P. D. und zuletzt in der B. R. P. D., um der Arbeiterklasse zu dienen. Als Leser der „Vergl. Volksstimme“ und der „Roten Fahne“ habe ich mir wohl Duhende Male in den letzten Monaten gesagt: Wiege diese systematische Beschimpfung der anderen Arbeiterparteien und besonders der U. S. P., wie sie in den genannten Blättern täglich betrieben wird, wirklich im Interesse der Arbeiterbewegung? Wäre es nicht besser, mehr auf die Reaktion und weniger auf die andersorganisierte Arbeiterkraft zu schlagen? In ähnlichem Sinne haben sich auch andere meiner Parteifreunde geäußert. Als dann die Dinge immer größer wurden und die „Vergl. Volksstimme“ uns den Glauben beibringen wollte, die U. S. P. D. existiere nicht mehr, sie sei erledigt, wunderten wir uns erst recht, daß man trotzdem immer fester auf sie losging.“

Dann kam die Märzaktion. Als die Parole ausgegeben wurde, in den Generalkongress einzutreten, glaubten wir alle, hinter der B. R. P. D. würde das Gesamtproletariat stehen, man hätte uns dies ja monatelang täglich suggeriert. In meinem Betrieb, in dem 150 Personen, darunter 35 bis 40 B. R. P. D.-Mitglieder

Linanol von täglich
bei rheumatischen Erkrankungen
Zu haben in den Apotheken

befähigt sind, gingen ganze zwei Genossen mit mir auf die Straße. Ähnlich war es auch in den anderen Betrieben. Hätte die Zentrale abgewartet, bis die Dinge reif waren zur Aktion und hätte unsere Presse den anders organisierten Teil nicht täglich beschimpft, dann hätten wir auch ein Recht gehabt, die Solidarität dieser Arbeiterbrüder anzurufen. So aber mußte die Blamage kommen. Wir sahen bald ein, daß man uns monatelang etwas von unserer Stärke vorgeflunkert hatte und wir wurden nun kritisch und sahen die Dinge endlich so, wie sie wirklich sind. Mit Gewalt Arbeiterbrüder aus den Betrieben zu holen, das scheint ich ab, solche Wahnsinnsmethoden sind keine revolutionären Handlungen.

Ich nahm nun an, daß unsere Presse die richtige Lehre aus dem verlorenen Unternehmen ziehen würde, daß sie die Fehler bloßlegen und mit dafür sorgen würde, daß solche Fehler nicht mehr gemacht würden. Ich sah mich wiederum getäuscht. Anstatt wie es Dr. Levi, Klara Zetkin und andere Genossen taten, die Fehler in der eigenen Partei zu suchen, schloß die Zentrale die Kritiker aus der Partei aus und die „Berg. Volksst.“ und „Rote Fahne“ schimpften weiter auf die U.S.P.D., die Schuld sei. Was wenn uns in den letzten Wochen nicht Dutzende Male gesagt worden wäre: „Wir brauchen die U.S.P.D. nicht, wir sind selbst stark und werden die Klassen hinter uns haben!“

Ich besorgte mir die Broschüre des Genossen Dr. Levi, las sie und verglich sie mit dem Geschimpfe unserer Parteipresse gegen die U.S.P.D. und kam zu dem Schluß, daß es nur noch einen Ausweg gibt. Diesen Ausweg schlug ich einigen meiner engeren Parteifreunde vor, und diese erkannten die Berechtigung meiner Gründe an und traten heute zur U.S.P.D. über. Wir werden unsere Fehler gutzumachen versuchen durch verdoppelte Aufklärungsarbeit, kommen wir doch um Erfahrungen reicher zu der Partei zurück, der wir alle nach Ausbruch der Revolution angehören.

Ich richte die Bitte an alle meine bisherigen Parteigenossen: Macht dem grausamen Spiel ein Ende, schließt euch der U.S.P.D. an, sonst tragt ihr mit dazu bei, wenn es in einigen Wochen noch eine dritte kommunistische Gruppe gibt, die dann noch einflußloser sein wird, wie die bisherige U.S.P.D. Einen gemachten Fehler, das war der Austritt aus der U.S.P.D., anzuerkennen, ist ehrenvoller, als aus Verbitterung dem großen Heer der Indifferenten sich anschließen zur Freude der Reaktion. Handelt ihr alle so, so hat der von der Zentrale der U.S.P.D. veranlaßte Wahnsinnsakt neben den sinnlos geposteten Genossen wenigstens ein Gutes gehabt: Es ist der Beginn der Klärung in der deutschen Arbeiterklasse.

Wir können dem Schreiber dieser Zeilen nur zustimmen, wenn er von dem „Beginn der Klärung“ in der deutschen Arbeiterklasse spricht. Diese Klärung setzt ein, und sie wird gefördert nicht nur durch die selbstmörderische Taktik der kommunistischen Parteien, sondern mehr noch durch die Erkenntnis begangener Fehler, die mehr und mehr in den Kreisen aller wahrhaft revolutionären Arbeiter um sich greift. Mögen manche von ihnen aus falscher Scham oder aus persönlicher Verbitterung heute noch ein offenes Schuldbekenntnis scheuen und vor dem Schritt zurücksprechen, den die Barmer Genossen — und mit ihnen viele andere im ganzen Reich — getan haben, so werden sie morgen durch den unerbittlichen Gang der Ereignisse dazu gezwungen wer-

den, zurückzukehren in die Reihen der Unabhängigen Sozialdemokratie, die allein imstande ist, der Gefahr der Indifferenz der von den Kommunisten enttäuschten Massen vorzubeugen und die revolutionäre Arbeiterbewegung — wie vor der Spaltung in Halle — zu einem machtvollen Faktor der deutschen Politik zu machen.

Aus den Organisationen

Mittwoch, 27. April
Neußülz. Elternbesprechungen für die sechs weltlichen Schulen finden für die nächsten Eltern, welche auf dem Boden der U.S.P.D. stehen, wie folgt statt:
 1. Mittwoch, den 27. 7 Uhr, Straßes Hülse, Hermannstr. 167, für 5. u. 6. Schule;
 2. Donnerstag, den 28. 7 Uhr, Straßes Hülse, Hermannstr. 167, für 15. u. 16. Schule; Freitag, den 29. 7 Uhr, Straßes Hülse, Hermannstr. 167, für 31. u. 32. Schule. Tagesordnung in allen Besprechungen: Gemeinschaftsschule und Elternrat. 4. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.
 5. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.
 6. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.
 7. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.
 8. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.
 9. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.
 10. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.
 11. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.
 12. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.
 13. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.
 14. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.
 15. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.
 16. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.
 17. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.
 18. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.
 19. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.
 20. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.

Donnerstag, 28. April
Zeitungs-Kommission von Groß-Berlin. Vollversammlung, abds. 7 Uhr, in der Bildungsschule, Breitestr. 8-9. Der wichtigen Tagesordnung wegen, muß jedes Mitglied erscheinen.
 1. Mittwoch, 7 Uhr, Schulaula, Pallasstr. 16, Mitgliederbesprechung. Tagesordnung: Reparationsfrage.
 2. Mittwoch, 7 Uhr, Schulaula, Pallasstr. 16, Mitgliederbesprechung. Tagesordnung: Reparationsfrage.
 3. Mittwoch, 7 Uhr, Schulaula, Pallasstr. 16, Mitgliederbesprechung. Tagesordnung: Reparationsfrage.
 4. Mittwoch, 7 Uhr, Schulaula, Pallasstr. 16, Mitgliederbesprechung. Tagesordnung: Reparationsfrage.
 5. Mittwoch, 7 Uhr, Schulaula, Pallasstr. 16, Mitgliederbesprechung. Tagesordnung: Reparationsfrage.
 6. Mittwoch, 7 Uhr, Schulaula, Pallasstr. 16, Mitgliederbesprechung. Tagesordnung: Reparationsfrage.
 7. Mittwoch, 7 Uhr, Schulaula, Pallasstr. 16, Mitgliederbesprechung. Tagesordnung: Reparationsfrage.
 8. Mittwoch, 7 Uhr, Schulaula, Pallasstr. 16, Mitgliederbesprechung. Tagesordnung: Reparationsfrage.
 9. Mittwoch, 7 Uhr, Schulaula, Pallasstr. 16, Mitgliederbesprechung. Tagesordnung: Reparationsfrage.
 10. Mittwoch, 7 Uhr, Schulaula, Pallasstr. 16, Mitgliederbesprechung. Tagesordnung: Reparationsfrage.
 11. Mittwoch, 7 Uhr, Schulaula, Pallasstr. 16, Mitgliederbesprechung. Tagesordnung: Reparationsfrage.
 12. Mittwoch, 7 Uhr, Schulaula, Pallasstr. 16, Mitgliederbesprechung. Tagesordnung: Reparationsfrage.
 13. Mittwoch, 7 Uhr, Schulaula, Pallasstr. 16, Mitgliederbesprechung. Tagesordnung: Reparationsfrage.
 14. Mittwoch, 7 Uhr, Schulaula, Pallasstr. 16, Mitgliederbesprechung. Tagesordnung: Reparationsfrage.
 15. Mittwoch, 7 Uhr, Schulaula, Pallasstr. 16, Mitgliederbesprechung. Tagesordnung: Reparationsfrage.
 16. Mittwoch, 7 Uhr, Schulaula, Pallasstr. 16, Mitgliederbesprechung. Tagesordnung: Reparationsfrage.
 17. Mittwoch, 7 Uhr, Schulaula, Pallasstr. 16, Mitgliederbesprechung. Tagesordnung: Reparationsfrage.
 18. Mittwoch, 7 Uhr, Schulaula, Pallasstr. 16, Mitgliederbesprechung. Tagesordnung: Reparationsfrage.
 19. Mittwoch, 7 Uhr, Schulaula, Pallasstr. 16, Mitgliederbesprechung. Tagesordnung: Reparationsfrage.
 20. Mittwoch, 7 Uhr, Schulaula, Pallasstr. 16, Mitgliederbesprechung. Tagesordnung: Reparationsfrage.

11. und 12. Mittwoch, 7 Uhr, Schulaula, Pallasstr. 16, Mitgliederbesprechung. Tagesordnung: Reparationsfrage.
 13. Mittwoch, 7 Uhr, Schulaula, Pallasstr. 16, Mitgliederbesprechung. Tagesordnung: Reparationsfrage.
 14. Mittwoch, 7 Uhr, Schulaula, Pallasstr. 16, Mitgliederbesprechung. Tagesordnung: Reparationsfrage.
 15. Mittwoch, 7 Uhr, Schulaula, Pallasstr. 16, Mitgliederbesprechung. Tagesordnung: Reparationsfrage.
 16. Mittwoch, 7 Uhr, Schulaula, Pallasstr. 16, Mitgliederbesprechung. Tagesordnung: Reparationsfrage.
 17. Mittwoch, 7 Uhr, Schulaula, Pallasstr. 16, Mitgliederbesprechung. Tagesordnung: Reparationsfrage.
 18. Mittwoch, 7 Uhr, Schulaula, Pallasstr. 16, Mitgliederbesprechung. Tagesordnung: Reparationsfrage.
 19. Mittwoch, 7 Uhr, Schulaula, Pallasstr. 16, Mitgliederbesprechung. Tagesordnung: Reparationsfrage.
 20. Mittwoch, 7 Uhr, Schulaula, Pallasstr. 16, Mitgliederbesprechung. Tagesordnung: Reparationsfrage.

Neußülz. Elternbesprechungen für die sechs weltlichen Schulen finden für die nächsten Eltern, welche auf dem Boden der U.S.P.D. stehen, wie folgt statt:
 1. Mittwoch, den 27. 7 Uhr, Straßes Hülse, Hermannstr. 167, für 5. u. 6. Schule;
 2. Donnerstag, den 28. 7 Uhr, Straßes Hülse, Hermannstr. 167, für 15. u. 16. Schule; Freitag, den 29. 7 Uhr, Straßes Hülse, Hermannstr. 167, für 31. u. 32. Schule. Tagesordnung in allen Besprechungen: Gemeinschaftsschule und Elternrat. 4. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.
 5. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.
 6. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.
 7. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.
 8. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.
 9. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.
 10. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.
 11. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.
 12. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.
 13. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.
 14. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.
 15. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.
 16. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.
 17. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.
 18. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.
 19. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.
 20. Mittwoch, 7 Uhr bei Bier, Rammelsstr. 9, Verwaltungssitzung. Abteilungsleiter müssen erscheinen.

Bereinskalendar

Mittwoch, 27. April
 Deutscher Transportarbeiter-Verband. Minirealmassarbeiter, Arbeiterinnen und Arbeiter! Abends 7 Uhr im Vereinslokal Jenzlers, Weichstr. 15, Versammlung.
 Zentralverband der Schuhmacher. Abends 6 1/2 Uhr Generaterversammlung im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelsstr. 14. Ohne Mitgliedsbuch oder Karte kein Zutritt.
Donnerstag, 28. April
 Kutscher! Bei Voreil, Jolhoff 7, Funktionärbesprechung aller in den Kutschertransportbetrieben Groß-Berlins beschäftigten Kollegen. Tagesordnung: Bericht vom Schlichtungsausschuß. Jeder Betrieb muß vertreten sein.
 Deutscher Transportarbeiter-Verband. Glas- und Tapfelerzeugungsabteilung. Abends 4 Uhr findet im Lokal Kabitz, Radl, Neue Jakobstr. 1, eine Zusammenkunft sämtlicher Funktionäre statt. — Bau- und Arbeiterführer! Abends 7 Uhr im Lokal von Voelker, Weichstr. 17, Branchenerversammlung. Tagesordnung: Bericht über die fortgeschrittene Verhandlung. — Bestraussler! Abends 7 Uhr im Lokal von Karl Witt, Weichstr. 20, wichtige Parteimannerversammlung.
 Arbeiterbund der Kriegsteilnehmer. Abends 7 1/2 Uhr in Eichenstraße, Oberrealschule, Ringstr. 3, große gemeinsame Kundgebung mit dem Bund teilgenießter Sozialisten gegen die neue nationalistische Kriegspolitik. Thema: Du sollst nicht töten! Referent: Kamerad Walter. Einleitung: Was einer Kriegspredigt des religiös-legalen Pfarrers Hermann Rattler.
Freitag, 29. April
 Touristen-Verein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Oberhavel. Abends 8 Uhr im Vereinslokal Schulz, Klara, Ede Kullenstr., Mitgliederbesprechung.
 Verband der Gärtner und Gärtnereigenen. Abends 7 Uhr im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelsstr. 14, Gruppe Gemeindegärtneri Branchenerversammlung für Groß-Berlin. Einleit. nach gegen Verzeigung des Mitgliedsbuches.

Geschäftliches

Die Kleiderwerke Basse Sohn, alleinige Verkaufsstelle in der Chaussee 20/20, kündigen in dem heute veröffentlichten Inserat die Neueinführung von Gummi mützen, Wettermützen und Pelzinnen für Damen zu sehr billigen Preisen an.
 Veranimator für Versteigerung und Neulieferung: Des Diebstahls, Berlin-Friedrichsberg. — Veranimator für Kommunalpolitik, Sozialen und Gemeindefürsorge: Gebhardt Segler, Berlin. — Veranimator für den Interzonenverkehr: Ludwig Romerling, Berlin. — Veranimator für den Interzonenverkehr: e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Weite Str. 8-9.

Kukirol

besiegt schnell, sicher und schmerzlos
Hühneraugen

Hornhaut, Schwielen, Warzen.
In Apotheken & Drogerien erhältlich

Kufen Sie

Dixin

von Henkel

bestes
Seifenpulver

Preis Mk. 2.25 das Paket.

Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Cie., Düsseldorf

Etam

Schleierstrumpf
Ia. Makko Qualität, feinfädig durchsichtig, doppelte Sohle, schwarz und alle Modefarben Mk. **14⁵⁰**

Damenstrumpf
Doppelte Sohle, gute Baumwoll-Qualität, schwarz, weiss, braun, grau Mk. **8²⁵**

Rosenthaler Str. 44
Landsberger Str. 68
Leipziger Strasse 65
Kleist-Strasse 24
Wilmerdorf-Str. 55/56
Neukölln: Berliner Strasse 1

Kriegsanleihe wird zu 3 1/2 %, in Zahlung genommen!

Nur für 3 Tage!!

Außergewöhnliche Angebote

Wundervolle Strickjacken in 5 Serien

45 85 133 Kunstseide 169 Wolle 214

Seidenjacken-Popellinmanteel 174, 240 Covertcoatmanteel 176, 275
 Impr. Seidenmanteel 245, 394 Fantasiekostüme 214, 398, 650
 Feine Tuchmanteel 342, 495 Kaschmir-Kostüme 345, 495, 698
 Gummimanteel ^{für Damen} 315, 438 Gummimanteel ^{für Herren} 335, 471

Jetzt: Plüschmanteel 550-870 Feine Pelzmanteel 2500, 3400
 Astrochamanteel 300-450 Krimmermanteel 750, 975

Westmann

1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstrasse 37a 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Frankfurter Institut, Friedrichstr. 123/125, Frank. Emabank, Gebrochene, Elegante moderne Betten, Billige Preise.

Schlafzimmer

eichenes, komplett 2550,-
weiches, 3000,-, Herrenzimmer, runderhänne Glühbirnen 4000,-, Spritzenzimmer, sehr gute Ausstattung 4500,-, nachdem Glühbirnen 1200,- Mark.

Viele Gelegenheitskäufe in schweren Zimmereinrichtungen und Einzelmöbeln zu enorm billigen Preisen.

Hans Lennert
Lothringstr. 55 am Rosenhof Platz.

Möbel sehr billig

auch auf Kredit zu den kleinsten Zahlungsbedingungen
Lieferer frei Haus — Lieferer auch auswärts.

Möbel-Groß

Große Frankfurter Straße 141
Zuvaldenstr. 5, Eingang Akerstr.

Glühlampen

Halbwattlampen und Siml. Elektro-Instal. Material kauft

Schröder, Bernauer Str. 101, Fabrikgeb. III.

Neue verbesserte Auflage!

Im Monat April müssen alle Einkommensempfänger über 10000 Mark ihre Steuererklärung abgeben. Ein unentbehrlicher Ratgeber hierfür, insbesondere für die Lohn- und Gehaltsempfänger und für Gewerbetreibende, ist die Schrift:

Das Reichseinkommensteuergesetz

Mit Einleitung und Erläuterungen von Eugen Dräger
56 Seiten Preis 4.- Mark

Die knappe, übersichtliche und allgemeiner verständliche Darstellung wird jedem Steuerpflichtigen reiche Aufklärung über die wichtigsten Steuerfragen verschaffen, wie die Abzüge vom Einkommen, den steuerfreien Teil des Einkommens, die Berücksichtigung besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse, den Steuerabzug usw.

In einem Nachtrag sind die durch die Novelle zum Reichseinkommensteuergesetz vom 19. März 1921 vom Reichstage beschlossenen Änderungen klar und übersichtlich dargestellt, so daß die Schrift alle für die jetzt vorzunehmende Veranlagung notwendigen Angaben enthält.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Straße 8-9
Auch durch alle Filialen der „Freiheit“